

# ~~Ant~~ ifa De batt te

: // 2024



Ostdeutschland  
Strategie  
Vermittlung  
Kritik

Erste Auflage: 200 Stück  
indexDruck Leipzig  
Oktober 2024

---

**alea-le.org**

alea • antifaschistisch & autonom

---

# Inhalt

<b>Einführung in die Debatte</b> .....	<b>S.4</b>
alea • antifaschistisch & autonom	
<b>Zeit zu handeln!</b> .....	<b>S.12</b>
Zeit zu handeln - Bündnis	
<b>Antifa: Denken und Handeln</b> .....	<b>S.18</b>
Antifas aus Ostdeutschland	
<b>Anmerkung zu dem Kommentar von</b> .....	<b>S.33</b>
<b>„Ostdeutsche Antifas“</b>	
NRW- Antifas	
<b>Anmerkung zur Anmerkung von „NRW- Antifas“</b> ....	<b>S.38</b>
Andere Antifas aus Ostdeutschland	
<b>Eine marxistische Verteidigung des „Aufrufs“</b> ....	<b>S.43</b>
Joséphine Babeuf	
<b>Fröhlich in den Untergang</b> .....	<b>S.52</b>
Antifas aus Ostdeutschland	

# Einführung in die Debatte



In diesem Sommer ist durch den Aufruf „Zeit zu handeln“ einiger westdeutscher Antifagruppen und der NEA aus (Ost-)Berlin eine Debatte über die aktuelle Lage rund um die Wahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg sowie die allgemeine Verfasstheit der antifaschistischen Bewegung entstanden. Wir halten die Debatte für richtig und wichtig und sehen sie als Voraussetzung für unsere eigene Politik an. Dabei teilen wir nicht nur die Kritik der „Ostdeutschen Antifas“, sondern fühlen uns mit den Gedanken unserer Genoss:innen besonders verbunden. Des Weiteren denken wir ebenfalls, dass die Uhr nicht auf 5 vor 12 steht, sondern die

Geisterstunde längst geschlagen hat und nun die von der bürgerlichen Gesellschaft totgeglaubten Gespenster der Vergangenheit – die faschistischen Bewegungen weltweit – quicklebendig sind und versuchen, nach der Macht zu greifen. Dies müssen sie allerdings derzeit noch gegen die Mehrheit der Bevölkerung und große Teile des deutschen Kapitals voranbringen. Die Bedrohung des Faschismus ist jedoch nicht einzelnen Akteuren wie der AfD zuzuschreiben. Eine Analyse muss über die oberflächlichen Erscheinungen hinausgehen, sich in ihren Gegenstand vertiefen und nachvollziehen, welche gesellschaftlichen Kräfte derzeit

wirken. Allerdings zeigt sich – auch in der Antifa-Debatte – etwas Allgemeines, nämlich eine Art Stillstand des Denkens. Wichtig, so scheint es, ist nicht mehr die kritische Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit, mit dem Ziel, diese verstehen und verändern zu können, sondern ein abgestumpftes und zwanghaftes „Weiter So“.

## Die Bürgerlichen

Schon Anfang dieses Jahres wollten die bürgerlichen Großdemonstrationen ein solches „Weiter So“ vermitteln. Die Menschen gingen auf die Straße, aus Empörung vor dem schlimmeren Morgen, das so nahe am Heute ist, dass die kollektive Verdrängungsleistung nicht mehr ausreichte, ihre eigene Geschichte zu bändigen. Das aus der bürgerlichen Gesellschaft erst entstehende Grauen der faschistischen Bewegungen und ihrer faktischen Regime drängt sich denen auf, die nicht bereit sind, die willkürliche Vernichtung hinzunehmen oder mit vermeintlicher Stärke über diese Bedrohung hinwegzutäuschen. Denn das Tabuisieren der Faschisten bedeutet eben, ihre Voraussetzungen nicht verstehen zu können. Das Tabu zielt darauf ab, dass faktisch Vorhandene aus dem eigenen Denken und Geworden-Sein aus der Welt auszuschließen. Es darf nicht benannt werden, wird aus dem Selbst ausgeschlossen, um der Furcht nicht zu erliegen, als Fremdes gesetzt und so der kritischen Erkenntnis ent-

zogen. Die Bürgerlichen zeigen mit den Fingern auf die Anderen, doch ihre eigene Zurichtung und das stets vorhandene Potenzial der Massen zum Pogrom werden verkannt. Die Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft bedeuten schon heute für viele das reale Grauen. Deswegen bedeutet ein „Weiter So“ nicht nur die eigene Unfähigkeit zur Reflexion zu fixieren, sondern auch eine Zustimmung für das falsche Ganze. Aber der Schrecken, der von jenen ausgeht, die sich offen los-sagen von der Vernunft und die Ideale von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit über Bord zu werfen bereit sind, bedeutet einen qualitativen Unterschied zum Bestehenden. Daher war es richtig, Anfang dieses Jahres mit auf die Straße zu gehen gegen die Selektionspläne der AfD, jedoch in einer kritischen Distanz zum Gestus aus Empörung und vermeintlicher Menschenliebe der bürgerlichen Mitdemonstrierenden. Der Antrieb, so scheint es, war für viele der Teilnehmenden ein Arrangement mit der eigenen misslichen Lage und zugleich ein Zeichen des Mitgefühls. Denn ein „Weiter So“ ist immerhin nicht der sich formierende Faschismus. Die Reste der Zivilgesellschaft erledigen dabei eben jene Aufgabe, die ihnen schon immer zufiel, nämlich die blinde Verteidigung des Status Quo. Die in diesem Winter gemeinsam vorgetragenen Ständchen sind die Überreste des Aufstandes der Anständigen und das bürgerliche „Weiter So“ entspricht der Art ihrer Arbeitsor-

ganisation. Die Einzelnen wissen nichts über die niemals enden wollende Produktion von Gütern, die trotz ihrer „schier unendlichen“ Masse einen so großen Teil der Menschen unbefriedigt zurücklässt. Die Form des Denkens entspricht und entspringt dabei der Produktionsform, doch entfaltet sie darüber hinaus ihre eigene Qualität.

## Die Antifa

Die Stoßrichtung des „Zeit zu handeln“-Aufrufs, der Anmerkungen der Antifas aus NRW sowie die marxistische Verteidigung des ursprünglichen Aufrufs von Joséphine Babeuf gegen die Kritik der Ostdeutschen Antifas, mit ihrem „Jetzt“, „Schließt euch zusammen“ oder „Folgt uns“, gleicht dabei dem „Weiter So“ der bürgerlichen Großdemonstrationen Anfang des Jahres 2024. Dabei gehen diese aber nicht ineinander auf. Versucht die marxistische Verteidigung noch eine inhaltliche Bestimmung anhand der marxschen Kritik der politischen Ökonomie darzustellen, so setzen die anderen beiden Texte Phrasen an die Stelle der Bestimmung des Problems und verzichten gänzlich auf Reflexion und Kritik. Am Ende steht auf der einen Seite die avantgardistische und auf der anderen die unreflektierte Darstellung einer Zukunftsvision. Sie entsprechen dabei dem „Weiter So“ der bürgerlichen Gesellschaft, die immer ein „Jetzt“ kennt, aber keine kriti-

sche Auseinandersetzung mit der Geschichte und dem Geworden-Sein der Dinge. Die Einen, ganz Lenin folgend, setzen auf Gehorsam und Selbstzwang und verkennen dabei die Partikularität des marxistischen Versuchs, die Wirklichkeit zu erfassen. Dabei betreiben sie eine ökonomistische Reduktion der marxschen Dialektik und erkennen im Proletariat immer noch das revolutionäre Subjekt, welches es vielleicht in seinen Anfängen noch zu sein vermochte, aber heute keinerlei Anzeichen für die nötige Bildung eines Klassenbewusstsein – sprich autonomen Selbstbewusstsein – aufzeigt. Der Fokus liegt bei der Analyse dabei auf dem Problem der Ausbeutung. Gänzlich unbeachtet bleiben die Konsequenzen, welche die Auseinandersetzung von Lukács über Kritische Theorie hin zur neuen Marx-Lektüre um den Begriff des Werts und der Nachvollzug seiner Formanalyse ergab. Die Fortsetzung des herrschaftlichen Denkens, gesetzt durch die Idee des Selbstzwangs und der Disziplin, führte in der Geschichte unter denen, auf die sich das avantgardistische Politikverständnis des Textes von Joséphine Babeuf bezieht, zu den stalinistischen Schauprozessen. Wird der Umstand für die Möglichkeit von Faschismus und Stalinismus nicht in die Reflexion des eigenen Denkens aufgenommen, scheint kein Bruch mit dem Bisherigen möglich. So wird sich keine wirkliche revolutionäre Umwälzung der Verhältnisse einstellen, „in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein ver-

ächtliches Wesen“ mehr ist.

Die Partikularität der modernen Wissenschaften folgt einer Logik, die immer nur das erfassen kann, was schon vorher bekannt war. Das Fremde wird dem bestehenden Denken einverleibt, verliert dadurch seine Autonomie und wird zum schon Gewesenen. Aber eine Revolution, in der die Menschen eine gemeinsame und vernünftige Form des bewussten Umgangs miteinander und mit der Natur praktisch verwirklichen, braucht eine Kritik des Partikularen, dessen Verwirklichung universell zu sein in der Lage wäre, als ihren Anfang. Dieser Anfang ist eben nicht einfach das Proletariat, sondern der Zusammenschluss der vereinzelt Einzelnen unter Voraussetzung der Reflexion und Kritik der bürgerlichen Gesellschaft, in dem Wissen um ihr Geworden-Sein und die Bedingungen ihres Scheiterns, unabhängig ihrer gesellschaftlichen Lage. Dabei ist diese anfängliche Setzung keine willkürliche, sondern entspringt dem Wunsch nach einem anderen Morgen. Es ist die Kritik der herrschenden Denkform und Ideologien sowie ihrer materiellen Voraussetzungen. Diese Kritik kann keine statische sein, denn die Veränderungen in den Erscheinungsformen faschistischer Bewegungen führen dazu, dass die Theorie, soll sie das Zutreffende wirklich abbilden, immer aufs Neue vollzogen werden muss. Der Vollzug, die Arbeit am Begriff und die Bestimmung der Wirklichkeit, mit dem

Ziel sie verändern zu können, sind ebenso partikular; eben geknüpft an den jeweilig konkreten (Nach-)Vollzug durch die Einzelnen. Eine Avantgarde-Theorie aber versucht, dieses Problem zu umgehen, und bedarf deswegen der Propaganda und Manipulation. Sie belässt ihre Anhängerschaft, die um ihre Abhängigkeit nicht wissen mag, in Scheinselbständigkeit. Wie sich dabei aber das von der „marxistischen Verteidigung“ geforderte Klassenbewusstsein entfalten soll, bleibt der Phantasie der ML'er überlassen. Mangelt es doch an einer Erklärung, wie aus der Methode der Manipulation ein kritisches Ich sich entfalten und gemeinsam mit anderen organisieren soll. Die wahnhaften Züge innerhalb der aktuellen K-Gruppen zeigen dabei ohnehin an, dass nicht einmal die Avantgarde diesen kritischen Reflexionsprozess vollzogen hat, das Klassenbewusstsein also nicht einmal bei denen, die es vermitteln wollen, in Grundzügen entfaltet ist. Mit ihren selbstgegläubten, einfachen Antworten zielen die neuen K-Grüppchen, auf jene, welche von den Bedingungen des Faschismus nichts wissen wollen. Sie teilen dabei die Starrheit ihres Denkens, das sich vorgefertigt über die Dinge legt, anstatt diese sprechen und somit in Bewegung kommen zu lassen, mit den bürgerlichen Kräften. Sie bekämpfen die Faschisten nur insofern, als dass sie ihnen die Anhängerschaft streitig machen wollen. Denn das Einzige was ihnen nach ihrer ei-

genen „Analyse“ fehlt, ist eine Gefolgschaft. Die Qualität einer spezifischen historischen Situation braucht nach diesem Denken eben keine weiteren Erklärungen.

So stehen wir derzeit umstellt von den Bürgerlichen, von denen, die Theorie nicht als Teil einer politischen Praxis betrachten, und jenen, die in Hamas und Co. einen politischen Verbündeten erkennen, auf Demonstrationen. Ob diese dabei organisiert sind aus der Zivilgesellschaft, nur getarnt als solche, oder aus Autonomie und linksradikalen Strukturen, ist egal. Überall, so scheint es, weiß man genau, was zu tun ist. Der Fehler liegt immer bei denen, die einfach nicht hören wollen, den Unmoralischen und Unreflektierten, oder aber an der Finesse der faschistischen Demagogen und ihrer Strategien. Der Zusammenhang zwischen bürgerlicher Gesellschaft und Faschismus bleibt dabei allen gleichermaßen verdunkelt. Werfen doch alle immer wieder nur ein kleines Licht auf das, dessen Erhellung seine Bekämpfung erst ermöglichen würde.

Wir führen die Auseinandersetzung über den Faschismus und seine Grundlagen nicht um ihrer Selbstwillen, sondern für das Leben (<https://knack.news/10044>). Und wir führen sie nicht mit irgendjemandem, sondern mit denen, die im Faschismus, so unscharf der Begriff von ihm aktuell auch sein mag, eine drohende Gefahr sehen. Gerade deshalb versuchen wir durch die Kritik derer, mit

denen wir schon demonstrieren, etwas über den Gegenstand zu formulieren, dessen Bekämpfung seiner Kenntnis bedarf. Denn die Verwirklichung einer Gesellschaft, in der der Einzelne nicht mehr Angst haben muss, unterzugehen im Bekannten, um den Preis seiner eigenen Bedeutungslosigkeit und Ersetzbarkeit, ist die Aufgabe einer antifaschistischen Praxis. Da die Möglichkeit der Vernichtung um der Vernichtung willen ein Teil der Geschichte ist, drängt kritische Reflexion darauf, die Geschichte, die bisher nicht von und durch den Menschen, sondern über ihn sich vollzieht, selbst zu schreiben. Es ist eine Aufgabe, die erst ein noch zu verwirklichendes revolutionäres Projekt in der Lage wäre zu vollziehen. Die Bestimmung der Revolution ist nur durch ihre, sie praktisch vollziehenden, Subjekte zu haben, aber niemals einfach so, wie der „Zeit zu handeln“-Text, die Antwort aus NRW und die marxistisch-leninistische Verteidigung, es glauben, umsetzen zu können. Dennoch, den Faschisten Einhalt zu gebieten, ist alternativlos. Auch darüber ist die Debatte zu führen und die Auseinandersetzungen sind nicht zu scheuen. Weder die Auseinandersetzung um die Straße gegen die faschistischen Schläger noch die kritische Auseinandersetzung mit jenen, mit denen wir bereit sind, gemeinsam das Schlimmere zu verhindern. Doch auch das nicht um jeden Preis.

## Die Probleme

Der sich hier einstellende Widerspruch ist eben jener der bürgerlichen Gesellschaft. Der Verwirklichung ihrer Ideale nicht fähig gewesen und blind für die Ursachen ihres Verderbens, muss die Geschichte, die sie sich selber erzählt, ein immer größeres Gebäude aus Institutionen, der Verwaltung, und der Kulturindustrie errichten. Autonomie ist nur insofern ihre Voraussetzung, als dass sie freie - damit gemeint ist, frei von Produktionsmitteln und deshalb dazu bestimmt, die Ware Arbeitskraft verkaufen zu müssen - Einzelne benötigt, die aber in der Realität immer wieder an den versachlichten Herrschaftsverhältnissen scheitern müssen, somit immer wieder die eigenen Ohnmacht zu spüren bekommen und im Anschluss mit noch mehr Härte ihre Scheinautonomie aufrechterhalten müssen. Der Widerspruch zwischen der Idee und den realen Bedingungen ist nicht in eine Richtung, im Sinne einer emanzipatorischen Bewegung, aufzulösen, sondern nur negativ, durch seine Kritik und der sich daraus ergebenden Praxis. Die aktuellen Aussichten deuten allerdings eher auf eine Aufhebung der bürgerlichen Gesellschaft in einem anderen negativen Sinne hin. Die realen Bedingungen setzen die Faschisten dabei als ihr Ideal. Die Wertlosigkeit und Austauschbarkeit - die reale Erfahrung der Einzelnen für und an sich - vergötzen die Faschisten zu ihrer Losung. Die blinde Ge-

walt des Marktes gleicht den Vernichtungsphantasien der Faschisten. Der Technik, die selber blind für ihren Zweck ist, ist es egal, wofür sie angewandt wird. Die Faschisten selbst fürchten und vergöttern den Tod. Das Leben, die Bewegung und die Unbestimmtheit sind ihre Dämonen, die sie zu töten bereit sind. Die Möglichkeiten zur Selbst- und Weltvernichtung liegen bereit. Die bürgerliche Gesellschaft aber ringt noch mit sich selber. Die faschistische Bewegung ist noch nicht stark genug, um die Macht zu ergreifen oder von ihr Gebrauch zu machen. Doch die Lösungsansätze zum Selbsterhalt der bürgerlichen Gesellschaft fallen immer weiter hinter ihre eigene Bestimmung zurück.

Wer schon glaubt, genau darüber Bescheid zu wissen, was zu tun wäre, der stellt sein Denken still. Denn nichts anderes heißt es ja, genau zu wissen, was zu tun ist. Die Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit wird aufgegeben für eine Vorstellung darüber, was eigentlich erst zu begreifen wäre. Die Praxis, die daraus folgt, ist also eine unorganisierte. Sie ist ein Zusammenschluss von Unwissenden, die gemeinsam das tun, von dem sie meinen, es sei das Richtige. Dieses positiv bestimmte, richtige Tun kann, wenn es eben nicht auf Kritik und Reflexion sich mehr bezieht, aber nur das „Weiter So“ sein. Die Fortführung des Bestehenden bietet keinen Ausweg aus der bürgerlichen

Gesellschaft, die zum Scheitern verurteilt ist. Dieses Scheitern droht aber gerade dazu zu führen, dass eben jener Stillstand des Denkens in eine Bewegung umschlägt, hin zu dem, was wir als Faschismus versuchen zu begreifen. Es geht darum, in Bewegung zu kommen. Wir sehen die Voraussetzung für diese Bewegung in der Kritik von dem, was wir aus dem realen Leiden als Falsches ausfindig machen. Leiden ist dabei zwar die gemeinsame Zurichtung aller in dieser Gesellschaft und somit etwas Objektives; zugleich aber wird es individuell erfahren. Hierbei geht es nicht um biografisch persönliche Schicksalsschläge, sondern um das gesellschaftlich produzierte Elend, das sich in den Denkformen und Begehrensstrukturen der Einzelnen einschreibt. Wird dieses Leiden einfach aus dem Mangel des einzelnen Menschen verklärt, wird dieser Vergesellschaftungsprozess gedanklich und einseitig aufgelöst. Das Denken verharrt im bürgerlichen Bewusstsein. Nun sind es nicht mehr die Verhältnisse (das Sein), sondern die Einzelnen (ihr Bewusstsein), die verantwortlich gemacht werden für den schlechten Zustand der Welt - und Schuld sind bekanntlich immer die anderen. Erklären lässt sich dadurch aber nicht, wieso die Einzelnen weiterhin teilnehmen an einer Gesellschaft, die Mangel erzeugt, wo keiner sein müsste. Erfahrenes Leid innerhalb des falschen Ganzen (Verblendungszusammenhang) produziert eben nicht automatisch einen Wunsch nach etwas

Anderem. Der kritische Nachvollzug der eigenen Leidenschaft, der von einem gesellschaftlich produzierten und nicht individuellen Mangel ausgeht, eröffnet erst die Möglichkeit die Verkehrung von Subjekt und Objekt - Gesellschaft und Individuum - zu durchbrechen. Die Objektivität der Einzelnen gerät dabei in den Blick der Kritik, anstatt einer abstrakten Vorstellung über die Welt zu folgen, die sich blind macht für ihre Bedingungen. Nicht das Plattbügeln der eigenen Zurichtung, sondern deren Nachvollzug sind Bedingungen für eine Bewegung, die die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen bringen kann - und mit ihr die Einzelnen. Zuweilen scheint das kritische Bewusstsein so wenig entfaltet, dass die Einzelnen - in ihrer Unwissenheit - lieber weiter Regentänze aufführen und hoffen durch ihre Kreativität, Anstrengung und choreografisch einstudierte Praxis, das Unverständene zu verändern. Die notwendige Praxis wird zum Fetisch degradiert. Sie bleibt unbegriffen. Wie von Zauberkraft soll sie ganz automatisch das Bewusstsein derer verändern, die in diesem Denken gar nicht mehr vorkommen. Im Mittelpunkt steht wieder nicht der:die Einzelne sondern eine, sich hinter dem Rücken der Menschen vollziehende, gesellschaftliche Praxis, die die einzelnen gefangen hält in ihrer Unwissenheit. Indem vorausgesetzt wird, dass Individuum und Autonomie schon realisierbar sind, wird dem bürgerlichen Bewusstsein entsprochen. Dessen Bedingungen aber bleiben unbe-

rührt. Erfahrung alleine kann nur der Ausgangspunkt, nicht aber die politische Formel für unseren Widerstand sein. Sie treibt die Erniedrigten nicht einfach zur Erkenntnis, sondern in den Wahn. Gleichzeitig, und das ist die Aufgabe, die einer radikalen Linken zufällt, kann sie Ausgangspunkt für eine Kritik sein, die das falsche Ganze als Wahnsinn begreift.

Wir versuchen, eine organisierte Kritik an den Verhältnissen zu üben, die wir als bürgerliche Gesellschaft zu fassen versuchen, die den Faschismus nicht bezwingen konnte und deren Widersprüche die Bedingungen für sein Fortleben sind. Dabei vollzieht sich unsere Selbstbestimmung innerhalb der antifaschistischen und radikalen Bewegung in ihrer Kritik. Denn ein „Weiter So“, als Selbstbetrug gegen die eigene Ohnmacht, verstellt sich selber die Möglichkeit, in Bewegung zu kommen. Sie muss eine Reflexion des Ausbleibens der wirklichen Bewegung in sich aufnehmen, welche den falschen Zustand aufzuheben in der Lage gewesen wäre. Die praktische Antifa-Arbeit heute bestimmt sich außerdem konkret aus den veränderten und regional unterschiedlichen Anforderungen ihrer jeweiligen Umstände. So ist den „anderen Antifas aus Ostdeutschland“ beizupflichten oder den Antifas aus Westdeutschland ein vorheriges Studium ostdeutscher Antifageschichte ans Herz zu legen. Die Praxis muss sich aus den konkre-

ten Auseinandersetzungen mit den jeweils vorfindlichen Bedingungen ergeben. Der Vollzug der Sache allerdings ist kein einmaliges Absolutes – keine immerwährende avantgardistische Organisation und deren Ideologie, noch eine einfach auswendig gelernte Theorie. Sie ist kein unerkennbar Fremdes, zu dem eine reine Erfahrungserkenntnis sie versucht zu machen, immer da, wo die kritische Auseinandersetzung dem Mitgefühligen und den Menschen verdinglichende Andersmachenden weichen muss. Dort findet das zur Partikularität verdamnte Objekt seine zur Unkenntlichkeit verstellte Menschlichkeit nicht und bleibt das verzerrte Spiegelbild der eigenen Ohnmacht. Die Erfahrung des Scheiterns sollte gerade die Linke nicht verdrängen, um im Anschluss mit gestählter Ideologie und Kampfeskraft so laut zu schreien, in Mangel an Erkenntnis, dass das, was die Toten zu berichten hätten, kein Gehör findet. Das Scheitern an den Ansprüchen der Gesellschaft und ihrer realen Brutalität, ist, wovor sich alle fürchten sollten.

Doch eine Linke, die sich ihrer eigenen Kritik gegenüber verstellt, bleibt blind gegenüber der Wirklichkeit, die sie einst fast fähig war zu verändern. Die permanente Wiederholung, das „Weiter So“ gleicht dem Zwang des Neurotikers, welcher um das ursprünglich nicht aufgearbeitete, zum Symptom gewordene, sich im Zwangsritual ausdrückende Leiden am eigenen Leben und der eigenen

Geschichte verdrängen will, welches sich über das Symptom dann doch immer wieder Bahn bricht. Das Leiden der Linken ist ihr Scheitern. Die Erfahrung der Deportationen und des Verrats müsse ein Teil der linken Kritik und Aufarbeitung sein. Voraussetzung, der Wiederholung zu entfliehen, wäre es, das fröhlich geformte Selbstbild aufzugeben, um in Anbetracht der Möglichkeit der Katastrophe das eigene Scheitern anerkennen und überwinden zu können. Auf der individuellen Ebene ist die erfahrene Gewalt – das Scheitern – kein Partikulares, doch sie droht unter dem Banner der Faschisten zur negativen Universalität zu gedeihen. Die Linke hätte zur Aufgabe, die organisierte Kritik an der Gewalt und ihren Voraussetzungen voranzubringen. Dabei darf die Kritik eben nicht außerhalb und absolut vor sich hergetragen werden. Sie ist kein einmalig gepackter Koffer voller Methoden und Welterklärungen. Sie ist eben kein positives Setzen bestimmter, schon in den Individuen innerhalb der Linken verwirklichter Werte und Privilegienkataloge. Durch die Kritik muss sich die radikale Linke zu einer organisierten Bewegung entfalten. Dabei ist die Kritik eine Stimme gegen das Leid, die schmerzhaftes Erkenntnis voraussetzt, dass es noch viel zu ergründen gibt, wobei manches davon vielleicht auch etwas wirklich Neues werden kann. Die organisierte Kritik soll im Stande sein, das Schlimmere zu verhindern, und damit die Möglichkeit für eine Gesellschaft erhalten,

in der sich Auschwitz nicht wiederholt und der Mensch kein geknechtetes Wesen mehr sei.

# Zeit zu handeln

Ein Aufruf in die antifaschistische Bewegung anlässlich der anstehenden Landtagswahlen in Ostdeutschland



## „Zeit zu Handeln“- Bündnis

Das Jahr 2024 wird in die Geschichtsbücher der Bundesrepublik eingehen. Zum ersten Mal seit der Befreiung am 08. Mai 1945 werden Faschist:innen als stärkste Kraft in ein deutsches Parlament einziehen. Und das in gleich drei Bundesländern. Am 01. September stehen in Thüringen und Sachsen, drei Wochen später in Brandenburg Landtagswahlen an. In allen drei Bundesländern wird die AfD zweifelsohne als Siegerin hervorgehen. Diese Wahlrunde im Spätsommer werden zur Zäsur. Zum historischen Moment für die neue faschistische Bewegung. Ihnen wird damit etwas gelingen, das für Republikaner, DVU und NPD auch zu ihren stärksten Zeiten in weiter Ferne lag. Deren Erfolg fällt nicht vom Him-

mel.

Der Aufstieg von Höcke und Co. ist nur als Facette einer konsequenten Rechtsentwicklung der gesamten politischen Landschaft der BRD zu verstehen. Diese Entwicklung ist eine direkte Reaktion auf die tiefgreifende Krise des Kapitalismus. Um den Status Quo für die Herrschenden zu erhalten werden großflächig soziale Errungenschaften abgebaut, die Reallöhne gedrückt, Klimaschutzvereinbarungen missachtet, der Polizei immer mehr Möglichkeiten zur Gängelung und Überwachung an die Hand gegeben, die Militarisierung der Gesellschaft vorangetrieben und eine nie dagewesene Abschottung gegen Geflüchtete praktiziert. Flankiert und verschleiert wird der Klassenkampf

von oben durch immer neue rassistische, antifeministische und chauvinistische Debatten. Kein Tag ohne Hetze gegen Geflüchtete, gegen Menschen, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, gegen Errungenschaften der feministischen Bewegung, gegen gesellschaftliche Minderheiten, ...

Die AfD fungiert in all dem als Eisbrecher in der Diskursverschiebung nach rechts. Macht das bisher Unsagbare nicht nur diskutierbar, sondern schafft einen Raum, in dem die alten „Volksparteien“ oben genanntes umsetzen können, ohne dabei das Gesicht zu verlieren. Dass ihre Forderungen aber Stück für Stück umgesetzt werden, nimmt ihr nicht etwa den Wind aus den Segeln, sondern verschafft ihnen menschenverachtenden Positionen umgekehrt erst breite Legitimität.

Der Aufschwung faschistischer Kräfte in Zeiten der kapitalistischen Krise ist nicht neu. Neu ist aber, dass er heute mit der absoluten Defensive der reformistischen und revolutionären Linken zusammenfällt. Dem Klassenkampf von oben weht nicht einmal ein laues Lüftchen des Widerstandes entgegen. Wir müssen uns gleich eine doppelte Niederlage eingestehen: Weder konnte die linke Bewegung das Spürbarwerden der Krisenfolgen für sich nutzen, noch ist es im letzten Jahrzehnt gelungen, dem absehbaren Aufstieg des rechten Lagers eine adäquate Antwort entgegenzusetzen. Während einige in rituali-

sierten Protestformen verharrten, wenden sich andere gänzlich vom Kampffeld Antifaschismus ab, das die radikale Linke über mehrere Jahrzehnte geprägt hat. Das Ergebnis ist heute unübersehbar: Die Wahl des ersten AfD-Landrats im Herbst 2023 hat die antifaschistische Bewegung praktisch ohne Reaktion zur Kenntnis genommen.

## Schwere Zeiten.

Die Erfolge in Sachsen, Thüringen und Brandenburg werden mehr als ein losgelöstes Ereignis sein. Mit ihnen machen die Rechten einen bedeutenden Schritt vorwärts hin zur völligen Normalisierung. Einen Schritt, dem früher oder später erste AfD-Koalitionen auf Landesebene folgen werden. Und er ist eine Momentaufnahme für die Entwicklung der gesellschaftlichen Realität. In dieser Realität haben die Rechten an vielen Stellen, gerade im Osten der Republik, bereits den vorpolitischen Raum erobert und teilweise auch die Gewalt über die Straße übernommen. Im Fahrwasser der AfD erstarken auch wieder militante und terroristische Faschist:innen, vor allem im Osten etabliert sich wieder eine faschistische Jugendkultur und die staatlichen Repressionsapparate sind von Rechten durchsetzt. Die AfD ist der Kern eines rechten Mosaiks.

Eine Übernahme der Regierungsverantwortung durch die AfD wäre die nächste qualitative Zuspit-

zung dieser Entwicklung. Andere Länder wie Österreich, Italien oder die USA geben einen Ausblick auf das, was dann auch uns bevor stehen könnte. Auch wenn es in diesen Ländern bisher zu keiner Wiederholung des historischen Faschismus kam, ist es dort in Monaten gelungen, anti-rassistische und feministische Errungenschaften rückgängig zu machen, für die Jahrzehnte gekämpft werden musste. Der Kampf zur Eindämmung des Klimawandels würde um Längen zurückgeworfen werden. Und je weiter sie mit dem autoritären Staatsumbau kommen, desto schwieriger wird es für uns als linke Bewegung wieder aus der Defensive herauszukommen.

Aber auch wenn die AfD es nicht bis in eine Regierung hineinschafft, sind die Folgen für alle, die nicht in das rassistische und sexistische Weltbild der Faschist:innen passen, immens. Faschistische Gewalt wird wieder Normalität, die Bedingungen linke Alternativen aufzubauen oder wenigstens zu erhalten immer schwerer und bei Anschlägen wie München, Halle oder Hannau wird es nicht bleiben.

**Wir werden nicht warten, bis es so weit ist.**

So sehr der Erfolg der AfD im September 2024 zur Zäsur wird, so sehr muss er Ausgangsbedin-

gung für eine neue antifaschistische Offensive werden. Wann, wenn nicht jetzt, ist der Moment, eine neue antifaschistische Bewegung aufzubauen? Was soll noch passieren? Nutzen wird den Moment, in dem wieder breite Teile der Bevölkerung Bereitschaft zeigen, gegen den Rechtsruck ankämpfen zu wollen. Drehen wir den Spieß um, wagen wir die richtigen Schritte, bevor es zu spät ist.

## Dazu ein paar konkrete Überlegungen.

1. In Anbetracht der Stärke und des Zuspruchs, den die AfD mittlerweile erfährt, erfordert unser Kampf mehr als jemals zuvor die ehrliche Zusammenarbeit aller, die es ernst meinen und die bereit sind, mit den politischen und praktischen Konsequenzen, die der Kampf erfordert, zu leben. Auch und gerade über Lager- und Strömungsgrenzen hinweg.
2. Wenn es unsere Analyse ist, dass der Aufstieg von AfD und Co. nicht zufällig mit der mehr und mehr spürbar werdenden Krise zusammenfällt, ist die naheliegende Folgerung, dass ein Aufhalten, bzw. Umkehren des Rechtsrucks nur durch eine bereite antikapitalistische Bewegung geschafft werden kann. Gerade sind es nur die, die dazu aufrufen nach unten zu treten, die die Ängste vor der zunehmenden Krise, Abstieg und Krieg wahrnehmbar aufgreifen. Und solange es dazu keine Alter-

native schafft, der Krise einen Klassenkampf von unten entgegenzusetzen, nicht nur rhetorisch, sondern praktisch den Menschen eine Perspektive bietet, wird sich der weitere Aufstieg der Rechten nicht verhindern lassen. Der antifaschistische Abwehrkampf muss das mitdenken und einen Teil dazu beitragen, dass solche Bewegungen entstehen können. Er darf nicht bei einer moralischen Kritik am Rassismus und Sexismus der Faschist:innen stehen bleiben, sondern muss auch klar die Zusammenhänge zwischen kapitalistischer Krise, neoliberaler Elendsverwaltung und dem Aufstieg der Rechten benennen. Ein Antifaschismus ohne soziale Frage, ohne Kritik an den herrschenden kapitalistischen Verhältnissen, ohne die Perspektive einer klassenlosen Gesellschaft, wird in diesen Zeiten zahnlos bleiben.

3. Das sehen aber nicht alle so. Die liberalen und sozialdemokratischen Parteien wollen von den Ursachen des Rechtsruck nichts wissen, müssten sie sich doch damit eingestehen, selbst Teil des Problems und nicht der Lösung zu sein. Ganz zu Schweigen davon, dass sie gerade einige der menschenverachtenden Forderungen der Rechten selbst umsetzen. Entsprechend ist es in ihrem Interesse, die aufkommenden Massenproteste gegen Rechts zu vereinnahmen, in staatstragende Bahnen einzuhegen und weg von tatsächlichem Antifaschismus zu bringen. Es war Anfang des Jah-

res also ein kalkulierter Kampf um die politische Hegemonie der Massenproteste. Es ist ihnen erschreckend einfach gelungen, diesen zu gewinnen und der Bewegung die Zähne zu ziehen, bevor sie überhaupt in der Lage war, sie zu zeigen. Wir müssen uns bei solchen Proteste zukünftig einmischen und den Kampf um deren Hegemonie aufnehmen. Denn auch wenn wir ihn nicht in Gänze gewinnen können, werden wir darin hoffentlich die Basis für eine neue antifaschistische Bewegung erkämpfen.

4. Wir müssen es schaffen, uns selbst grundsätzliche antifaschistische Prinzipien zu erhalten und sie gleichzeitig in solche großen Proteste hineintragen: Mit Faschist:innen wird nicht diskutiert, Faschist:innen werden bekämpft. Auf allen Ebenen, mit allen Mitteln, die dafür notwendig sind. Hierin mussten wir in den letzten Jahren die wohl direktesten Niederlagen hinnehmen. Aber uns diese Handlungsoptionen zu bewahren, wird in den nächsten Jahren überlebensnotwendig. Mit der Normalisierung der AfD wird auch das Entstehen einer neuen faschistischen Jugendbewegung einhergehen, nicht unwahrscheinlich inklusive einer Wiederholung der Baseballschlägerjahre.

5. So wie die Dinge gerade liegen, werden wir den Kampf gegen die Rechtsentwicklung weder heute noch morgen gewinnen. Dafür werden wir einen langen Atem und

viel Durchhaltevermögen brauchen. In allem was wir tun, müssen wir deshalb vor allem für Kontinuität, Organisation und Ansprechbarkeit sorgen. Nur so bleiben Großevents keine einmaligen Ereignisse, sondern tragen dazu bei, unsere Seite aufzubauen. Und nur so werden wir den Widrigkeiten, die das sich anbahnende „reaktionäre Jahrzehnt“ mit sich bringt, standhalten können. Nichts davon wird einfach. Aber an Gelegenheiten diese Punkte umzusetzen, wird es in naher Zukunft nicht mangeln.

## Wir werden...

... nicht tatenlos dabei zusehen, wie das erste Mal im Nachkriegsdeutschland ein Parlament gewählt wird, in dem eine faschistische Partei die größte Fraktion stellt. Dabei machen wir uns keine Illusionen: Bürgerliche Parlamente sind keine antifaschistische Bastion. Sie sind und bleiben Orte, an denen die falschen gesellschaftlichen Verhältnisse zementiert und legitimiert werden. Und auch an der gesellschaftlichen Stimmung, die hinter den Wahlergebnissen steht, können wir kurzfristig nichts ändern. Aber die Landtagswahlen im Herbst können nicht nur zur Zäsur für die Rechten werden, sondern auch noch einmal eine Gelegenheit sein, viele Menschen in konkrete Aktionen gegen Rechts zu bringen.

Wir werden deshalb die Wahlsiege der Faschist:innen im September

nicht unwidersprochen hinnehmen. Wir werden den Wahlkampf der AfD und ihre Wahlpartys stören, Proteste gegen das Erstarken der Rechten organisieren und den Faschist:innen im Osten nicht die Straße überlassen. Wir rufen bundesweit alle Antifaschist:innen auf, sich lokal wie überregional an den Protesten gegen die Wahlerfolge der AfD zu beteiligen und diese zu organisieren. Lasst uns damit den Startpunkt für eine neue Bewegung setzen, die mit langem Atem gegen die faschistische Gefahr kämpft. Die Zeit zu handeln ist jetzt.

Geschichte wiederholt sich nicht.  
Sorgen wir dafür,  
dass es so bleibt.

# Antifa: denken und handeln!

Eine ausführliche Antwort auf den Text „Zeit zu handeln!“ von diversen westdeutsche Antifagruppen.



Antifas aus Ostdeutschland

Es ist „Zeit zu handeln“! So zumindest ruft es ein Zusammenschluss antifaschistischer Gruppen „in die antifaschistische Bewegung“ hinein. Handeln aber, so wissen die Verfasser:innen, erfordert so dies und das, zum Beispiel die „ehrliche Zusammenarbeit aller, die es ernst meinen und die bereit sind, mit den politischen und praktischen Konsequenzen, die der Kampf erfordert, zu leben. Auch und gerade über Lager- und Strömungsgrenzen hinweg“. Wir müssen uns „zukünftig einmischen“ in die Massenproteste gegen Rechts „und den Kampf um deren Hegemonie aufnehmen. Denn auch wenn wir ihn

nicht in Gänze gewinnen können, werden wir darin hoffentlich die Basis für eine neue antifaschistische Bewegung erkämpfen.“ Wir müssen unsere „Handlungsoptionen“ erhalten, indem wir unsere „grundsätzliche[n] antifaschistische[n] Prinzipien“ „in solche großen Proteste hineintragen: Mit Faschist:innen wird nicht diskutiert, Faschist:innen werden bekämpft. Auf allen Ebenen, mit allen Mitteln, die dafür notwendig sind.“ und „in allem was wir tun, müssen wir deshalb vor allem für Kontinuität, Organisation und Ansprechbarkeit sorgen. Nur so bleiben Großevents keine einmaligen Er-

eignisse, sondern tragen dazu bei, unsere Seite aufzubauen“. Schließlich wollen wir, „nicht tatenlos dabei zusehen, wie das erste Mal im Nachkriegsdeutschland ein Parlament gewählt wird, in dem eine faschistische Partei die größte Fraktion stellt“ und „werden deshalb die Wahlsiege der Faschist:innen im September nicht unwidersprochen hinnehmen. Wir werden den Wahlkampf der AfD und ihre Wahlpartys stören, Proteste gegen das Erstarken der Rechten organisieren und den Faschist:innen im Osten nicht die Straße überlassen. Wir rufen bundesweit alle Antifaschist:innen auf, sich lokal wie überregional an den Protesten gegen die Wahlerfolge der AfD zu beteiligen und diese zu organisieren.“ Denn: „Die Zeit zu handeln ist jetzt“!

Ja, ja, gewiss. Irgendwie ist ja immer „jetzt“. Es scheint fast so, als wäre die radikale Linke davon geprägt, ständig dieses „jetzt“ auszuhandeln, auf der Suche nach dem Zeitpunkt „jetzt“, wo die „Zeit zu handeln“ gekommen ist. So etwa in dem Buch „jetzt“ vom Unsichtbaren Komitee aus dem Jahr 2017, in dem darauf gedrängt wurde, „jetzt“ mit dem Handeln zu beginnen. Oder mit mehr Antifa-Bezug: „Re:organisiert die Antifaschistische Aktion!“ aus dem Jahr 2015 (<https://linksunten.indymedia.org/de/node/151784/>), in dem die Dringlichkeit zu handeln (und zwar jetzt) eindrücklich beschrieben wird. Der Text endete mit den Worten: „Schluss

mit allem Warten! Keinen Meter der rassistischen Mobilmachung! Reorganisiert die Antifaschistische Aktion!“ Und erinnert sei auch an die Debatte, die geführt wurde, als 2013 zum erste Mal seit langem unter großer Beteiligung der lokalen Bevölkerung ein Fackelmarsch in Richtung Geflüchteten-Unterkunft in Schneeberg zog und einige Antifaschist:innen nachdrücklich auf die Gefahr dieser Entwicklung hinwiesen und ein Großteil der deutschen Linken sich in der Debatte darum verlor, dass alles nicht so schlimm sei wie in den 90ern. Es sei auch nochmal erinnert daran, dass die Gefahr, die von der AfD ausging, sowie die allgemein rechte Tendenz der Gesellschaften in Europa schon 2015/2016 andiskutiert wurde (z. B. im Autonomen Blättchen), während sich weite Teile der radikalen Linken lieber mit der eigenen Fantasie beschäftigen wollten, dass sich im Schatten der Krise die revolutionären Massen zusammenfinden würden, insbesondere immer dann, wenn sich x-beliebige Massenproteste ereigneten, deren rechtes Potential immer geleugnet oder umgedeutet wurde (wie z. B. zum Gelbwestenprotest; auch hierzu gab es aus der radikalen Linken Versuche der kritischen Einordnung, die einfach ignoriert wurden), wie zuletzt selbst beim Bauernprotest, der erneut die Fantasie aufkommen ließ, nun sei eben mit den Bauern ein Stich zu machen, wenn es gelänge, sich ins „Handgemenge“, wie es etwa bei der IL ohne Unterbrechung heißt, zu

begeben. Und was ist passiert? Die radikale Linke verschwindet in der Bedeutungslosigkeit, während die Gefahr einer Rückkehr des Faschismus so groß ist, wie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr. Großen Zulauf aber haben in der radikalen Linken gerade die Gruppen, die sich auf die „Erfolge“ Stalins und Mao Tse-Tungs beziehen, von der „Arbeitermacht“ faseln und irrsinnigerweise glauben, der Klassenkampf befindet sich auf dem aufstrebenden Ast; als Zusatz dazu gibt es noch die Rückwende zur Palästina-Solidarität, weil aus absurden Gründen davon ausgegangen wird, dass es sich dabei eben irgendwie um diesen Klassenkampf handeln muss, der dann von der Peripherie auf die Zentren der Macht übergreift. Oder wie wäre es mit der Hoffnung, dass es zielführend ist, sehr viel Wert darauf zu legen, wie über irgendetwas gesprochen wird, während die Welt um einen herum brennt? Auch dieser Mumpitz wird als radikal und dienlich für die Umwälzung der falschen Welt erachtet: Wenn wir nur alle dazu kriegen, ordentlich über die Begebenheiten und Menschen in der Welt zu sprechen, wird sich alles schon zum Guten wenden. Und obendrauf eine Klimabewegung, deren öffentlichkeitswirksamster Teil radikal die Einführung des 9,- €-Tickets, das Tempolimit, klimafreundliche Gesetzesvorhaben und Absichtserklärungen der Regierung fordert.

Nicht, dass wir hier falsch verstanden werden: Wir halten es für

unabdingbar, dass sich die radikale Linke auf den Antifaschismus fokussiert, und wir denken, dass dies besser „jetzt“ passiert, als irgendwann. Aber zwei Sachen wollen wir hier mit aller Deutlichkeit betonen:

1. Der Zug ist abgefahren und wir haben ihn verpasst. Es ist seit Langem (!) nicht mehr „5 vor 12“, sondern es ist jetzt nach 12. und

2. Ohne wesentliche (!) inhaltliche Fortschritte wird die radikale Linke in der Orientierungslosigkeit ertrinken. und

3. Wenn keine Neuorientierung wirksam wird, ist alles aus, und dann kommt der Faschismus und mit ihm der Tod.

Ja, mag da jetzt jemand denken, das ist aber krass. Wirklich, so schlimm? So schlimm, das glaube ich nicht. Können wir nicht wieder zurück zum Text „Zeit zu handeln“? Das, was da drin stand, war doch auch nicht schlecht. Schließlich geht es darum, handlungsfähig zu werden, zusammenzufinden, sich gegen den Faschismus zu wehren? Löst denn dieser Text nicht ein, was gefordert wird, eine inhaltliche Neubestimmung? Ist es nicht positiv zu bewerten, dass jemand was macht? Ja, das IST positiv, in gewisser Weise, das ist besser als nichts, aber es ist zugleich auch zu viel nichts, als dass man sich wirklich positiv darauf beziehen kann. Positiv beziehen kann man

sich darauf, dass es Menschen gibt, die noch nicht aufgegeben haben, aber damit dies zur Geltung kommen kann, müssen wir einfach mal durchgehen, was an diesem Text alles negativ ist.

## Analyse statt Appell

Der Text, so kurz und knapp er auch ist und als Aufruf auch sein muss, krankt an seiner inhaltlichen Analyse. Das dürfte zugleich den Wenigsten auffallen, weil er einfach das wiederholt, was ohnehin in linksradikalen Kreisen gedacht wird. Auch das ist eine aktuelle Entwicklung: Der Inhalt ist den Meisten egal, so lange ein paar äußerliche Kriterien eingehalten werden. Aber schauen wir mal, was gesagt wird: Die „konsequente Rechtsentwicklung“ ist die „direkte Reaktion auf die tiefgreifende Krise des Kapitalismus.“ Dass es also eine Bewegung der Gesellschaft nach Rechts gibt, ist nur konsequent (Nur am Rande sei hier erwähnt, dass die konsequente Rechtsentwicklung im Grunde etwas völlig anderes ist, als im Text gemeint: Sie ist die konsequente Entwicklung des Rechts und nicht nach Rechts). Aber wo kommt sie her? Aus dem Kapitalismus selbst? Ist sie also Ergebnis eines im Kapitalismus liegenden Widerspruchs? Die Verfasser:innen sagen hier: Nein. Sie ist eben eine Reaktion auf „die tiefgreifende Krise“ und das heißt, es muss auch jemanden geben, der auf diese „tiefgrei-

fende Krise“ reagiert und von dem diese Reaktion also kommt. Und dies sind (wie sollte es auch anders sein): die Herrschenden (tadaa!). Diese führen einen „Klassenkampf von oben“, um „den Status Quo für die Herrschenden zu erhalten“. Zu diesem Zweck haben die Herrschenden einige Möglichkeiten: Es werden „großflächig soziale Errungenschaften abgebaut, die Reallöhne gedrückt, Klimaschutzvereinbarungen missachtet, der Polizei immer mehr Möglichkeiten zur Gängelung und Überwachung an die Hand gegeben, die Militarisierung der Gesellschaft vorangetrieben.“ Also: Es gibt eine Krise im Kapitalismus, die Herrschenden wollen ihren Status Quo absichern, dazu attackieren sie „die da unten“. Aber die da unten sind natürlich nicht doof und es besteht die Gefahr, dass sie merken: Moment, es ist ja Krise des Kapitalismus und die Herrschenden wollen nur den Status Quo erhalten, und dazu machen sie uns das Leben durch Verteuerungen und Kürzungen schwer, obendrein bauen sie den Polizeiapparat auf, damit wir uns nicht erheben und wehren können. Doch die Herrschenden haben schon eine Art Trick parat: Sie flankieren ihren „Klassenkampf von oben“ durch immer neue rassistische, antifeministische und chauvinistische Debatten.“ Mit diesen Debatten gelingt es ihnen, die Wahrheit zu verschleiern. Und es kommt zu der finsternen Zeit, in der wir gerade leben: „Kein Tag ohne Hetze gegen Geflüchtete, gegen Menschen, die auf staatliche

Unterstützung angewiesen sind, gegen Errungenschaften der feministischen Bewegung, gegen gesellschaftliche Minderheiten,...“. Aber irgendwie gefällt denen da unten das nicht. Die Herrschenden sind aber nicht so leicht als schlechte Herrschende zu erkennen. Sie haben sich eine Art Maske gegeben, sie haben eine Art falsches Gesicht. Dieses Gesicht, das sind die „Volksparteien“. Die Volksparteien sind im Text bereits in Anführungszeichen gesetzt, es sind also nicht wirklich „Volksparteien“, sondern es sind nur die Parteien der Herrschenden, die dazu dienen, den Status Quo abzusichern. Dass sie sich Volksparteien nennen, das ist schon Teil ihrer Betrügereien. Aber egal, dieses Gesicht, das drohen die Herrschenden zu verlieren, und es könnte also herauskommen, dass sie es sind, die die oben genannten Debatten entfachen. Aber auch hierfür haben die Herrschenden bereits ein Mittel, und zwar die AfD: „Die AfD fungiert in all dem als Eisbrecher in der Diskursverschiebung nach rechts. Macht das bisher Unsagbare nicht nur diskutierbar, sondern schafft einen Raum, in dem die alten „Volksparteien“ oben genanntes umsetzen können, ohne dabei das Gesicht zu verlieren.“

Wir fassen zusammen: Die Herrschenden führen einen Klassenkampf nach unten, weil es eine Krise im Kapitalismus gibt. Um den Klassenkampf nach unten zu vertuschen, bedienen sie sich des Diskurses und betreiben in

diesem rassistische Hetze. Um dabei nicht das Gesicht zu verlieren, bedienen sie sich der AfD. So weit, so klassenkämpferisch – ganz schön trickreich von den Herrschenden. Sie vertuschen ihren Klassenkampf mit rechter Hetze, aber sie vertuschen sogar noch, dass dieses Medium der Vertuschung von ihnen selber kommt, sondern nutzen die AfD für dieses Interesse. Wenn wir jetzt einmal so frei sind, die Herrschenden durch die Kapitalisten zu ersetzen, denn wenn es einen Klassenkampf von oben gibt, wer soll es sonst sein, dann könnten wir es auch auf die alte Parole runterbrechen: Hinter dem Faschismus steht das Kapital. Und auch wichtig: Selbst wenn wir – wie etwa bei der letzten Europawahl – feststellen müssen, dass die Arbeiterschaft zu 35 % die AfD wählt und diese damit die stärkste Kraft unter den Arbeiter:innen überhaupt ist (vor der CDU mit 24 % und der SPD mit immerhin noch 12%), und wenn wir des Weiteren feststellen können, dass aus der Industrie (also von den Kapitalisten) Aufrufe ergehen, gerade NICHT die AfD zu wählen, weil das ein Problem für die Wirtschaft ist, dann können wir uns das leicht zurechtbiegen: Die AfD wird von den Arbeiter:innen gewählt, weil sie durch den Diskurs vom Klassenkampf nach unten abgelenkt wurden und also im weitesten Sinne nur durcheinander sind, und die Industrie tut nur so, als ob sie gegen die AfD wäre. In Wirklichkeit nutzt sie die AfD als Eisbrecher, um ihre wahren Absichten zu verbergen.

Wir teilen diese Position nicht. Aber zumindest ist sie bis hierhin in sich irgendwie „schlüssig“. Sie ist der Versuch, sich ein klares Bild von der Wirklichkeit zu machen, und damit es schön klar ist, gibt man ihm eine einfache Form – vielleicht kann diese „Analyse“ ja als Ausgangspunkt für irgendwas gesehen werden? Nun gut. Aber wie passt es dann mit dem zusammen, was dann als Nächstes kommt: „Dass ihre Forderungen aber Stück für Stück umgesetzt werden, nimmt ihr nicht etwa den Wind aus den Segeln, sondern verschafft ihren menschenverachtenden Positionen umgekehrt erst breite Legitimität.“ Moment mal – was heißt hier Wind aus den Segeln nehmen? Schließlich wurde gerade doch noch gesagt, dass das alles Absicht ist? Wer also sollte nun der AfD den Wind aus den Segeln nehmen wollen? Die AfD wird doch im Gegenteil nach der bisherigen Schilderung gebraucht als Eisbrecherin! Die „Volksparteien“, alias die „Herrschenden“, alias die Kapitalisten, bedienen sich der AfD doch, um ihren Klassenkampf nach unten zu kaschieren – wieso sollten sie denn ein Problem daran haben, breite Legitimität zu erlangen? Legitimität ist doch der bisherigen Argumentation das Ziel dieses Unterfanges. Schließlich soll sich ja der Rassismus usw. in der Masse der Beherrschten verbreiten, damit der Klassenkampf nach unten verdeckt werden kann. Es wird sogar noch verwirrender, wenn es später heißt: „Die liberalen und sozi-

aldemokratischen Parteien wollen von den Ursachen des Rechtsruck nichts wissen, müssten sie sich doch damit eingestehen, selbst Teil des Problems und nicht der Lösung zu sein. Ganz zu Schweigen davon, dass sie gerade einige der menschenverachtenden Forderungen der Rechten selbst umsetzen. Entsprechend ist es in ihrem Interesse, die aufkommenden Massenproteste gegen Rechts zu vereinnahmen, in staatstragende Bahnen einzuhegen und weg von tatsächlichem Antifaschismus zu bringen.“ Demgegenüber müssten wir doch nun festhalten, wenn wir von der bisherigen Analyse nicht abweichen wollen, dass die „liberalen und sozialdemokratischen Parteien“ den Hintergrund des Rechtsrucks sehr wohl kennen, weil sie ihn ja nutzen, um den Klassenkampf nach unten zu kaschieren. Schließlich wollen sie ja die „menschenverachtenden Forderungen der Rechten selbst umsetzen“, um damit vom Klassenkampf abzulenken, nur wollen sie ihr Gesicht dabei nicht verlieren. Würden wir der vorausgehenden Argumentation folgen, dann wäre es so, dass das „Interesse, die aufkommenden Massenproteste gegen Rechts zu vereinnahmen“ daher kommt, weil sie damit ihr Handeln auf eine noch trickreichere Weise verschleiern wollen. Denn ein eigenes Interesse an der Verhinderung des Rechtstrends haben sie ja gar nicht. Wie wir schon gesagt haben, wir teilen diese Analyse nicht, aber sie wäre zumindest in sich schlüssig. Das hier präsentierte Hin und Her

ist es aber nicht und ist damit Ausdruck von einem Phänomen, das die Verfasser:innen des Textes selbst konstatieren, nämlich die absolute „Defensive der reformistischen und revolutionären Linken“, von der nicht einmal ein „laues Lüftchen des Widerstandes“ ausgehen kann. Allerdings wird hierfür nicht die sich auch hier im Text abzeichnende Orientierungslosigkeit der radikalen Linken in inhaltlichen Fragen als Problem ausgemacht, sondern ein diffuser Mangel an irgendetwas, der dann dazu führt, dass die linke Bewegung eines nicht geschafft hat, „das Spürbarwerden der Krisenfolgen für sich [zu] nutzen“, also aus den Krisenfolgen so etwas wie Krisenerfolge zu machen.

In dieser letzten Äußerung, dass die Linke besser daran getan hätte, das „Spürbarwerden der Krisenfolgen“ für sich zu nutzen, zeigt sich zudem ein krudes Politikverständnis: Die radikale Linke hat so ihre Interessen, doch es gelingt ihr nicht, diese umzusetzen. Aber vielleicht ja im Angesicht der Krisenfolgen? Kann die Linke die Krisenfolgen für sich „nutzen“? Die Linke ist doch kein Selbstzweck, kein Unternehmen, das irgendwelche Krisen als Chance nutzen sollte oder das „eine adäquate Antwort“ parat haben muss, wenn es zum „Aufstieg des rechten Lagers“ kommt.“ Dahinter steckt das folgende Bild von der gesellschaftlichen Wirklichkeit: Oben die Herrschenden, in der Mitte ein Haufen blöken-der Schafe und links und rechts

Agitatoren, die um die Gunst der Schafe buhlen, um sich irgendwie der Herrschenden zu entledigen und danach eine Gesellschaft einzurichten, die dann entweder faschistisch oder kommunistisch/anarchistisch ist. Die Schafe laufen bald hierhin, bald dahin, je nachdem, wer die bessere Antwort zu haben scheint. Dabei ist es aber gleichgültig, ob die Antwort sinnvoll ist oder nicht: Es ist alles eine Frage der Performance und Überzeugungskraft der jeweiligen „Lager“. Wofür diese „Lager“ sind, ist zufällig. Sie vertreten im weitesten Sinne bloß eine unterschiedliche Moral. Dabei wendet sich der Text selbst auch gegen das Moralisieren: Der Antifaschismus „darf nicht bei einer moralischen Kritik am Rassismus und Sexismus der Faschist:innen stehen bleiben, sondern muss auch klar die Zusammenhänge zwischen kapitalistischer Krise, neoliberaler Elendsverwaltung und dem Aufstieg der Rechten benennen“. Aber was soll das heißen: Es reicht nicht, moralisch zu sein, man muss auch Zusammenhänge benennen? Das kann man sich als Phrase auf ein T-Shirt drucken lassen, mehr aber auch nicht. Im gleichen Ton geht es weiter: „Ein Antifaschismus ohne soziale Frage, ohne Kritik an den herrschenden kapitalistischen Verhältnissen, ohne die Perspektive einer klassenlosen Gesellschaft, wird in diesen Zeiten zahnlos bleiben.“ Das zumindest ist etwas, was nicht erst „in diesen Zeiten“ so gesehen wird, sondern schon – wir sagen es vorsichtig – eine

## Denken statt Handeln

ganze Weile, wie z. B. in einem Artikel im Antifa Info Blatt aus dem Jahr 2002 nachgelesen werden kann: <https://antifainfoblatt.de/aib58/zwischen-idee-realitaet-die-aa-bo-im-ru...>, allerdings muss man sagen, dass die aktuelle Debatte hinter die Überlegungen aus den 90ern, die in dem angegebenen Text resümiert werden, deutlich zurückgefallen ist. Wer sich davon ein Bild machen will, der kann sich dem Link folgend mit einer ganzen Reihe von Beiträgen befassen, vielleicht nicht das Schlechteste. Wir wollen hier nicht weiter die Frage verfolgen „revolutionärer Antifaschismus – ja/nein“, sondern vielmehr ein eigenes Fazit aus der im Text angestellten Analyse ziehen. So lautet es: Jeder Antifaschismus wird zahnlos bleiben, der nicht weiß, was er tut und was er will, und der sein Fundament in einem Wirrwarr aus Ansichten und Meinungen hat. Ansichten und Meinungen – mehr hat man aber nicht, wenn man sich nicht wirklich versucht, einen Begriff von der Wirklichkeit zu machen. Es ist nicht gesagt, dass man dann nicht trotzdem mal Gutes und Richtiges tut – aber dafür, eine gesellschaftliche Bewegung in eine fortschrittliche Richtung auszulösen, wird es nicht reichen. Eine solche Bewegung muss ja gerade ihre Ursache in einer gesteigerten Reflexion auf das eigene Ich und einem gesteigerten Weltbezug haben und nicht in irgendwelchen Ansichten über Dinge, die einem nicht gefallen.

Zwar wird im Text auch angesprochen, dass man „klar die Zusammenhänge“ ansprechen muss, der Fokus liegt im Text hierauf aber nicht. Im Vordergrund steht, wie der Titel ja schon sagt: das Handeln. Und dafür ist einfach oberste Dringlichkeit geboten, weil die AfD kurz davor ist, einen Wahlerfolg in den ostdeutschen Bundesländern Sachsen, Thüringen und Brandenburg zu erringen und damit in die „Geschichtsbücher der Bundesrepublik eingehen“ wird. „Diese Wahlabende im Spätsommer werden zur Zäsur.“ „Wann, wenn nicht jetzt, ist der Moment, eine neue antifaschistische Bewegung aufzubauen? Was soll noch passieren?“ Ja, was noch? Diese Frage stellt sich schon eine geraume Zeit. Es ist ja nicht so, dass wir in einer schönen Welt leben, und dann kommt der Wahlerfolg der AfD daher, der dann die Notwendigkeit einer antifaschistischen Bewegung vermitteln kann. Das Problem ist doch, dass, obwohl der Faschismus immer näherkommt, es keine nennenswerten Reaktionen aus linksradikalen Kreisen darauf gibt. Das wird im Text ja selbst festgestellt: „Die Wahl des ersten AfD-Landrats im Herbst 2023 hat die antifaschistische Bewegung praktisch ohne Reaktion zur Kenntnis genommen.“ Es stellt sich doch aber die Frage: Wieso ist das denn so? Wieso haben wir eine Entwicklung der Gesellschaft hin zum Faschismus einerseits

und ein Ausbleiben der Reorganisation des antifaschistischen Widerstands andererseits? Es ist ja kaum davon auszugehen, dass es an Aufmerksamkeit für das Thema mangelt, und wie der Text ja darstellt, ist es ja nicht nur ein Problem in Deutschland: „Andere Länder wie Österreich, Italien oder die USA geben einen Ausblick auf das, was dann auch uns bevorstehen könnte.“ Der Trend ist ein internationaler, kaum zu glauben, dass es hier noch eines Fingerzeigs oder eines Weckrufs bedarf. Gibt es denn keine Gründe, wieso die antifaschistische Bewegung kaum als eine solche zu erkennen ist?

Der Text jedenfalls legt kaum Gründe nahe. Wir können nur schließen: Zum einen soll es wohl daran liegen, dass sich die Menschen die Konsequenzen des Rechtsrucks noch nicht vor Augen geführt haben. Zumindest verweist der Text auf mögliche Konsequenzen: Die Rückkehr der Baseballschlägerjahre, der Rückbau von „antirassistischen und feministischen Errungenschaften“, „für die jahrzehnte gekämpft werden musste“. „Faschistische Gewalt wird wieder Normalität, die Bedingungen linke Alternativen aufzubauen oder wenigstens zu erhalten immer schwerer und bei Anschlägen wie München, Halle oder Hanau wird es nicht bleiben“. Zum anderen daran, dass die antifaschistische Bewegung nicht geeint steht: „In Anbetracht der Stärke und des Zuspruchs, den die AfD mittlerweile erfährt, erfordert unser Kampf mehr als

jemals zuvor die ehrliche Zusammenarbeit aller, die es ernst meinen und die bereit sind, mit den politischen und praktischen Konsequenzen, die der Kampf erfordert, zu leben. Auch und gerade über Lager- und Strömungsgrenzen hinweg.“ Wir sind also deswegen schwach, weil wir zerstritten sind, zerteilt in Lager und Strömungen, deren Grenzen wir nun aber überschreiten sollen. Wenn wir das zusammenfassen, so bleibt übrig: Die Angst vor dem Faschismus soll uns dazu bringen, Differenzen beiseitezuschieben, damit wir uns ihm zusammen stellen können. Oder anders gesagt: Wir sollen nicht nachdenken, rationalisieren oder Ähnliches, sondern wir sollen das Denken gleich beiseite schieben und uns gemeinsam von der Angst vor dem Faschismus ergreifen lassen, damit wir dann eine geeinte Bewegung hervorbringen können.

Das ist auf jeden Fall nachvollziehbar, aber es kann nicht drumherum führen, sich den damit zusammenhängenden Problemen zu stellen. Denn erstens: Es gibt wohl ausreichend viele Menschen, die haben bereits Angst vor dem Faschismus und sehen, was da auf uns zukommt. Sie engagieren sich trotzdem nicht im Rahmen des antifaschistischen Kampfes. Noch einmal zu betonen, wie katastrophal der Siegeszug der rechten Kräfte ist und sein wird, wird wohl nicht helfen. Und zweitens: Hinter den hier lapidar aufgeführten „Lager- und Strömungsgrenzen“ verbergen sich tiefgreifende Konflikte, die durch

einen gut gemeinten Appell nicht aus der Welt zu schaffen sind. Und sie reichen doch so tief, dass diejenigen, die sich da vereinen sollen, sich wechselseitig selbst als Teil der faschistischen Bedrohung sehen. Nehmen wir den eskalierten innerlinken Konflikt im Hinblick auf die Lage in Israel und dem Gazastreifen: Den einen wird die Verbindung zur Hamas, den anderen die Verbindung zu Netanjahu und Co vorgehalten und beides geht mit dem Vorwurf einher, mit faschistischen Kräften im Bunde sein zu wollen. Dementsprechend (aber nicht darauf begrenzt) werden innerhalb der Linken Vorwürfe laut, die anderen seien Rassisten oder Antisemiten. An anderer Stelle wird sich wegen unterschiedlicher Positionen im Hinblick auf den Feminismus mit den Fäusten gedroht - der Vorwurf, transfeindlich zu sein, ist ja z. B. gar nicht auf die rechte Bewegung beschränkt, und das Versagen von Genoss:innen bezüglich irgendwelcher -ismen wird sich wechselseitig regelrecht belegt und bewiesen und der Vorwurf, dass irgendwer nicht mehr zur radikalen Linken gehören kann, wird damit versucht, auf eine objektive Basis zu stellen. Und da sollen nun - schwuppdwupp - die Strömungsgrenzen verschwinden? Es ist ja die Forderung, dass man mit denen zusammenarbeiten soll, die man selbst erst eben zum Teil des Rechtsrucks erklärt hat. Es ist ja seit Jahren ein Wunsch innerhalb der radikalen Linken, dass wir so etwas wie eine Ein-

heit der linken Kräfte hinbekommen. Und der Wunsch nach einer solchen Einheit verdichtet sich dann regelmäßig an irgendwelchen Highlight-Themen. So zum Beispiel zu den Gipfelprotesten und Ähnlichem. Aktuell drängen sich ja gleich mehrere Themen auf, die als Einheitsthema gelten sollen, weil sie eine solch drückende Gefahr bedeuten. Antifaschismus ist da nur das eine, andere wären der Klimawandel oder der drohende Weltkrieg. Die Themen einen aber die Linke nicht, und das aber nicht wegen ihrer Bedeutungslosigkeit oder ihrer nicht erfassten Bedeutung, und auch nicht, weil es an Appellen mangelt, sich diesen Themen globaler Bedeutung zu widmen. Mit einem „Wir denken einfach nicht mehr drüber nach, dann werden die Differenzen schon verschwinden“ ist es jedenfalls nicht getan. Es wird nicht zu viel gedacht, sondern zu wenig, und durch den Verweis darauf, dass wir aber jetzt handeln müssen, wird sich daran nichts ändern; eine radikale Linke, die geeint sein soll, braucht aber ein inhaltliches Fundament. So lange sie das nicht hat, ist sie im Grunde leer und hohl, und diese Leere kann nicht durch eine noch eindringlichere Schilderung des eigenen Standpunktes gefüllt werden.

## Inhalt statt Verpackung

Die meisten Menschen können verschiedene Produkte nicht mehr un-

terscheiden, wenn die Verpackung fehlt. Premium-Cola, Fritz-Cola, Coca-Cola, Pepsi wird einfach nur zu „irgendeine Sorte Cola“, wenn sie einem nur in einem Glas präsentiert wird. Selbst eingefleischte Fans dieser oder jener Sorte können ihre Lieblingssorte nicht herausschmecken. Das liegt daran, dass die Unterschiede eben nur oberflächlich und äußerlich sind. Passend dazu verhält es sich mit den meisten heute als Theorie verkauften unterschiedlichen Meinungen und Ansichten, die in der radikalen Linken kursieren. Sie sind oberflächlich und äußerlich. Kommunisten aus den neustalinistischen Gruppen und Anarchisten jedweder Couleur sind bereit, sich die Köpfe einzuschlagen, und fühlen sich dann ganz doll in der Tradition von Kronstadt und dem spanischen Bürgerkrieg. Aber wenn sie versuchen, Gründe und Erklärungen für irgendwelche Bedingungen und Verhältnisse in der Welt anzuführen, dann kommt immer der gleiche Mist. Und das gilt für eine ganze Reihe von Positionen innerhalb der radikalen Linken, die mit großem Engagement vertreten werden. Schaut man sie sich genauer an, sind sie weder radikal noch besonders unterschiedlich und sie basieren wesentlich darauf, die eigene „Marke“ irgendwie populär zu machen; dementsprechend wird sich auch der gleichen Werbemittel und Marketingstrategien bedient, wie es für die tatsächlichen Industrieprodukte getan wird. Das Sein bestimmt das Bewusstsein. Das tatsächliche einende Moment der

derzeitigen Linken braucht also im Grunde gar nicht groß gesucht werden: Es besteht schon in der Inhaltslosigkeit der Verpackung. Wer auf diesem Weg fortschreiten will, der sollte es einfach so machen, wie rechte Kreise es schon lange tun: Man bewirbt einfach alle rechten Produkte, egal, ob die sich ausschließen oder zusammenpassen, und Teile der radikalen Linken haben damit bereits angefangen. Auch der Text „Zeit zu handeln“ ist ein – wenn auch gutgemeinter – Versuch, dieses zu erwirken. Insofern kann man eigentlich froh sein, dass die aktuellen Versuche, eine Einheit der radikalen Linken zu erwirken, scheitern. Wer sich aber um das Wohl der Menschen in der Welt bemühen will, der muss nicht die leere Einheit linker Kräfte forcieren, sondern der muss den kritischen Gedanken voranbringen. Dass die radikale Linke sich gerade in einer desolaten Lage befindet, verweist nicht auf ihr mangelndes Marketing, sondern ihren Mangel. Und dieser Mangel ist kein Mangel ihres Engagements oder des Mangels der Sammlung guter Wünsche, sondern ein Mangel ihres Inhalts.

Überhaupt besteht ein allgemeines Missverständnis darüber, was eine gesellschaftliche Bewegung ist. Eine Bewegung, so mag es ja scheinen, das ist so etwas, wo alle die gleiche Mütze aufhaben, wo alle einem sehr bestimmten und konkreten Inhalt zustimmen. Wenn man also denkt: „Ja ich, ich bin ein ganz ra-

dikaler Mensch, ich habe einen radikalen Inhalt, der lautet: Rassismus, Sexismus, Faschismus, Kapitalismus, Klassismus, Ableismus, Ageismus, -ismus, -ismus, -ismus sind allesamt schlecht“, was ja in linksradikalen Kreisen als zentraler Inhalt aufgeboten wird (und in der Regel nicht mehr als diese Schlagwörter), der denkt dann auch meistens dazu „Die gesellschaftliche Bewegung ist dann eine, wenn immer mehr diesen Schlagwörtern zustimmen.“ Und daraus ist dann die Konsequenz zu ziehen: „Verbreitung des Gebrauchs der Schlagwörter. Wo die Schlagwörter bedient werden, ist es gut, wo sie nicht bedient werden, ist es schlecht. Progressiv: Gebrauch der Schlagwörter, negativ: Vermeidung oder sogar Ablehnung der Schlagwörter.“ Danach wird die Welt beurteilt. Selbst die dümmsten Produkte der Unterhaltungsindustrie, deren wesentlicher Inhalt das Erzielen eines finanziellen Gewinns durch Unterhaltung eines zufriedenen und zahlungsfreudigen Publikums ist, werden danach abgeklopft, sodass in der Folge das Gucken von Serien und Kinofilmen, das Hören von Popmusik und dergleichen zur politischen Praxis wird, zur Partizipation an einer fortschrittlichen politischen Bewegung.

Wesentlich ist hierbei der Gedanke, dass eine gesellschaftliche Bewegung irgendwie erzeugt wird. Dass es also Akteure gibt, die die Gesellschaft bewegen können, in Bewegung bringen können, und

wenn dies gelingt, dann haben wir die gesellschaftliche Bewegung. Das Modewort hierfür ist: Influencer und dementsprechend wollen auch die meisten radikalen Linken irgendwo im Internet als solche auftreten. Man liest: Die AfD ist erfolgreich bei TikTok, dort erreicht sie die jungen Leute. Und die Reaktion ist: Wir müssen selbst etwas bei TikTok platzieren, um die jungen Leute zu erreichen. Die Welt ist voller hohler Köpfe und die Produzenten von Inhalten sind dafür zuständig, sie zu füllen. Dementsprechend entsteht eine linke Bewegung, wenn es zum einen gelingt, ein linker Influencer zu werden und zum anderen, die hohlen Köpfe durch „Influenzen“ mit dem eigenen fortschrittlichen Inhalt zu füllen.

Daran ist nicht das Problem, dass es nicht funktionieren kann oder dass das irgendwie verwerflich wäre. Das Problem daran ist, dass es eben funktioniert und auch allgemein als nicht verwerflich angesehen wird. Denn: Wenn sich nicht die Fähigkeit des eigenen Denkens, die Fähigkeit zur eigenen Erfahrung, zur selbst geleisteten Reflexion entwickelt, dann ist der Inhalt, der da in den Kopf hineingekommen ist, ein beliebiger. Er ist nicht abhängig von der eigenen Beschäftigung mit der Welt, sondern vom Inhalt des Medienkonsums und er wandelt sich mit diesem. Das alles ist dann aber keine progressive Bewegung zur Überwindung der falschen Gesellschaft, sondern

es ist einfach nur Ausdruck der falschen Gesellschaft. Die Bewegung, die man da meint, erzeugen zu können, ist nur die Bewegung der Gesellschaft selbst in ihrem unkritischen Verlauf und Influencer und Konsumenten sind bloß deren Ausdruck.

Demgegenüber muss aber eine wirklich fortschrittliche gesellschaftliche Bewegung nicht aus der Selbstbewegung der falschen Gesellschaft resultieren, sondern aus der Kritik an dieser. Und diese Kritik kann eben kein Verkündigungswissen in prophetischen Reden sein, sondern diese Kritik muss von den jeweiligen Individuen der Gesellschaft selbst vollzogen werden. Ein einfaches Nachplappern oder oberflächliches Sich-Aneignen reicht nicht. Die gesellschaftliche Bewegung hin zu einer freien Gesellschaft findet dementsprechend nicht statt, wenn alle einen bestimmten progressiven Inhalt, der verkündet wird, übernehmen, sondern dann, wenn das kritische Verhältnis zu den Verhältnissen von mehr und mehr Individuen eingenommen wird. Und zwar nicht aus Zustimmung zu diesem oder jenem Inhalt, sondern eben aus Selbstvollzug. Die Aufgabe einer radikalen Linken kann dahingehend nur eine sein: die Gründe für die Selbstbewegung der Gesellschaft verstehen und ins Bewusstsein heben. Wir kämpfen nicht gegen die Gesellschaft, sondern um sie. Nicht nur monieren, was alles falsch ist, sondern verstehen, wieso es passiert, statt mit (immer neuen) Begriffen um sich zu werfen,

müssen wir die Begriffe ihrem Gehalt nach entfalten, oder mit anderen Worten: das, was da als Bewegung kommen soll, das muss auch eine Bewegung in uns selbst sein.

## Entwicklung statt Tabus

Der Kampf gegen den Faschismus hat sich schon immer darauf verlegen müssen, als faschistisch identifizierte Denkinhalte mit einem Tabu zu belegen. Das liegt auch daran, dass ein anderweitiges Herangehen schwierig ist, solange der Faschismus und seine Bedingungen nicht verstanden wurden und somit unklar ist, was denn anderweitig gegen ihn getan werden kann. Der praktische Antifaschismus hat sich aufgrund dieses gesellschaftlichen Mangels immer stark daran orientiert, dieses Tabu aufrechtzuerhalten und zu stärken, immer da, wo die Gesellschaft diesbezüglich versagte. Das Problem heute ist, dass das gesellschaftliche Tabu auf internationaler Ebene verschwindet. Der Rückhalt von auch praktischem Antifaschismus war hoch zu der Zeit, wo das gesellschaftliche Tabu allgemein anerkannt war. Aber wir können feststellen, dass es nicht mehr so ist: sogar andersherum wird praktischer Antifaschismus aktuell mit dem Tabu belegt. Das ist aber kein Mangel des Antifaschismus, sondern eine gesellschaftliche Bewegung. Wir als Antifaschist:innen haben diese aber

leider „verschlafen“, sodass es aktuell das böse Erwachen gibt: überall wird praktischer Antifaschismus auf eine Weise drangsaliiert, wie es den Meisten unbekannt sein dürfte. Der Umgang mit Antifaschist:innen, denen versucht wird, eine militante Praxis nachzuweisen, legt davon deutliches Zeugnis ab. Das alles, so denken nicht wenige, ist aktuell ein Marketing-Problem. Man müsse diese Form des Antifaschismus einfach besser bewerben, deren Notwendigkeit deutlicher machen und dergleichen mehr. Aber das ist eine Position, die ja beim bösen Erwachen schon wieder einschlafen will. Es ist alles KEIN Marketing-Problem, die gesellschaftliche Bewegung hin zum Faschismus findet derzeit international statt, das Tabu ist gefallen und wir sind zahlenmäßig viel zu wenige, um hier irgendwie durch geschickte PR-Tätigkeit die Trendwende hinzulegen. Vielmehr muss realisiert werden: es gab niemals ein Ende des Faschismus, sondern es gab nur ein Tabu gegenüber bestimmten Denk- und Verhaltensweisen, der Faschismus hat seit je her fortbestanden. Jetzt fällt das Tabu, der Faschismus darf sich wieder aus dem gesellschaftlichen Unbewussten und Untergründigen erheben und zeigen. Er ist schon dabei, sich zu entfalten. Die Grundlage dafür ist, dass die Menschen nicht wissen, was die Gesellschaft eigentlich ist, was der Faschismus ist und im Allgemeinen: was überhaupt los ist. Und das schließt tragischerweise

weite Teile der Linken mit ein. Wenn sich etwas ändern soll, dann muss an diesem Punkt mit größtem Engagement gearbeitet werden. Sonst gehören wir als radikale Linke einfach mit zu den Ahnungslosen, die im Anblick des sich ankündigenden Todes und der sich ankündigenden Vernichtung nur voller Angst und Panik kreischend im Kreis rennen können, hilflos etwas zu unternehmen und zugleich an dem eigenen Selbstbild festhalten zu wollen, handlungsfähig zu sein.

## Praxis statt Parolen

Es ist klar, dass es ohne Praxis gar nicht gehen wird. Ohne Praxis ist irgendwann alles Nichts. Ohne sich der zerstörerischen Bewegung der Gesellschaft zu widersetzen, wird sich diese umso ungehemmter entfalten. Aber Praxis, gerade angesichts der eigenen Schwäche, braucht Überlegung, braucht Strategie, braucht eine Basis, auf der sie sich entfalten kann. Gibt es diese nicht, sind die schwindenden Kräfte schnell verbraucht. Auf keinen Fall sollte in Erinnerung an vergangene Momente der Stärke, blind an einer Praxis festgehalten werden, die ihren gesellschaftlichen Rahmen von damals nicht mehr hat. Sie hat diesen schon damals nicht erzeugt, sondern sie brauchte ihn. Aber nicht stimmungsvolle Reden oder Aufrufe bringen uns in Bewegung, sondern die Beschäftigung mit der Welt. Unsere Bewegung

darf aber eben nicht Ausdruck der falschen Gesellschaft sein, sondern Ausdruck eines Kampfes um eine bessere.

Damit sind wir am Schluss, aber nicht am Ende: Auch wir wollen nicht aufgeben, auch wir sind willens zu kämpfen; auch wir wollen unseren noch ungebrochenen Mut weiterhin auf die Straße tragen; auch wir wollen den Faschisten zeigen, dass noch Menschen bereit sind, für das Leben zu kämpfen, um das bisher wir alle nur betrogen wurden.

# Anmerkung zu dem Kommentar von „Ost- deutsche Antifas“

Die radikale Linke und ihr Wirken. Teil der Lösung oder Teil des Problems ?



NRW-Antifas

Die vorausgegangenen Texte beziehen sich in gewisser Weise auf eine Analyse des IST-Zustands der Gesellschaft, in der dieser sogenannte Rechtsruck stattfindet. Zeit zu handeln, nennt Liberale und sozialdemokratische Parteien als Teil des Problems und unterstellt ihnen, die Proteste gegen die AfD zu vereinnahmen. Die ostdeutschen Antifas zeigen diese Schwachstelle in der Analyse auf. Auf diese Weise unterstellen wir den Liberalen und Sozialdemokraten ein Bewusstsein über die aktuelle gesellschaftliche Situation, das zwar in sich schlüssig klingt, doch

ob dieses Bewusstsein überhaupt vorhanden ist, wird von uns an dieser Stelle in Frage gestellt. Werfen wir einen Blick auf das Bewusstsein der radikalen Linken und ihre eigene Wirkungsmacht. Dazu können wir festhalten, dass vom eigentlichen Kernproblem abgelenkt wird. Problematisch ist in diesem Fall:

1. Auf Bundesebene sind linksradikale Strukturen nicht in der Lage, derartig große, in der Gesellschaft wahrnehmbare Proteste aufzubauen.

Eine symptomatische Erscheinung der fehlenden Wirkungsmacht ist, dass bürgerliche Organisationen als Fremdkörper und/oder Gegenspieler gewertet werden. Dabei sind „die Bürgerlichen“ oft diejenigen, mit denen das eigene Weltbild und die eigene Position nicht in Einklang zu bringen sind und bei denen Kampfformen wie Reformismus eher angesagt sind als Revolutionsromantik. Allein wenn berücksichtigt wird, wer den Text „Zeit zu handeln“ unterzeichnet hat, zeigt die inhaltliche Verrohung auf, die dringend diskutiert werden muss. Hier seien die Schlagworte Sozialfaschismus, Gelbe Gewerkschaften, bürgerlicher Feminismus, Parteijugenden, bürgerlicher Antifaschismus genannt, die in der Praxis als Abgrenzung genutzt werden, um den eigenen Standpunkt hervorzuheben und als Ausschlusskriterium für eine Zusammenarbeit genutzt werden, die den eigenen Splitterprotest legitimieren. Abgrenzung statt Diskurs, Alles selber machen, statt Hegemonie zu erkämpfen, Unbequeme Situationen aushalten oder Wohlfühlzone schaffen, in der man die Meinungshoheit behält? Das sind unserer Einschätzung nach selbstgemachte Probleme, die eine Wirkung der radikalen Linken, die theoretisch breit in das bürgerliche Milieu möglich wäre, unterbinden. Und genau da stellt sich die Frage – mit allen, die es ehrlich meinen? Aber meinen wir es eigentlich selbst ehrlich, wenn wir nicht den Ton angeben können? Ist das Bewusst-

sein über die zersetzende Art der Politik, die breite Teile der radikalen Linken betreiben, eigentlich vorhanden? Ohne Gewerkschaften, bürgerliche Parteien und diejenigen, die lieber in einer kapitalistischen Demokratie mit liberaler, konservativer oder sozialdemokratischer Regierung leben als in einer kapitalistischen Demokratie unter faschistischer Herrschaft, wird der Kampf schwer. Mit Blick auf das Kräfteverhältnis werden wir das Anrollen der AfD nicht stoppen können, wenn die radikale Linke so weitermacht wie bisher. Da hilft der Text von „Zeit zu handeln“ wenig, wenn einige der Unterzeichnergruppen ein Teil des Problems sind.

## 2. These: Neoliberalismus in der radikalen Linken

Ausgehend von Karl Marx' Gedanken - „Es ist nicht das Bewusstsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewusstsein bestimmt“, widmen wir uns dem Thema Bewusstsein in der radikalen Linken. Was ist eigentlich das Sein? Was bestimmt die aktuelle Zeitepoche, in der wir leben? Ein Niedergang der radikalen Linken ist spätestens seit der Annexion der DDR und dem Untergang der Sowjetunion zu verzeichnen. Wir sprechen hier von einem Prozess, der seit etwa 30 Jahren konstant anhält. Hat sich seitdem gesellschaftlich etwas

verändert? Durchaus und zwar hat die gesellschaftliche Ideologie des Neoliberalismus, die Sozialisation und Identität von mutmaßlich 80% der Menschen, die diesen Text lesen werden, nachhaltig geprägt (Leseempfehlung: „Und ich? Identität in einer durchökonomisierten Gesellschaft“, Paul Verhaeghe). Die radikale Linke ist ein Teil dieser Gesellschaft und besonders diejenigen, die noch relativ jung in die Szene einsteigen, sind von dieser neoliberalen Identität geprägt. Dies ist jedoch kein neuer Prozess – sondern ein konstanter, seit Jahren andauernder. Wir nehmen diese Erkenntnis als einen Erklärungsansatz für Erscheinungen, die in den letzten Jahren deutlich wurden. Versteht dies bitte als Diskussionsansatz, denn auch wir, die diesen Text schreiben, können uns davon nicht los sagen. Das eigene Handeln unter derartigen Sozialisationsprozessen spiegelt sich in der politischen Praxis der Vergangenheit wider. Es mag fremd klingen, sich selber in die Rolle des Neoliberalen zu bewegen. Wir sagen dabei aber deutlich: Nur weil wir uns eine Selbstbezeichnung geben, legen wir internalisierte Werte und Normen nicht automatisch ab. Exemplarisch für innere Zersetzungprozesse in der radikalen Linken, die uns in der Form und Ausprägung in den 2000er und 2010er Jahren noch nicht bekannt waren, stehen sowohl aktuelle Debatten als auch die Ausprägung des Aktivismus.

## 2.1 Zersplitterung von zentralen Aktionstagen

Hamburg und Leipzig bleiben die Sorgenkinder und sind gleichzeitig Aushängeschilder als Hochburgen der Szene. Man beachte hier sowohl den 1. Mai als auch andere Demonstrationen.

In Hamburg kam es am 1. Mai 2024 zu drei Demonstrationen aus dem linksradikalen Spektrum. Die Autonomen aus der Roten Flora machten erneut ihre anarchistische Demonstration, das von der IL dominierte Bündnis „Wer hat, der gibt“ eine große Bündnisdemonstration und der Rote Aufbau wieder ziemlich alleine seine kommunistische Abenddemonstration. Zeitlich wäre es unmöglich gewesen, an allen Demonstrationen nacheinander teilzunehmen. Diese gespaltene Kampfkraft ist ein deutliches Zeichen für bestehende Konflikte zwischen den Spektren, die sich mehr zu einem Antagonismus entwickeln als zu einer einheitlichen Linie.

In Leipzig kommt es momentan zu zwei linksradikalen Bündnissen, die gegen das neue Versammlungsgesetz demonstrieren. 1 Bündnis von Autonomen und die Linke geprägt und 1 Bündnis aus KA, KO etc.pp.. Konfliktlinie ist hier die mutmaßliche Dominanz von K-Gruppen und Nahostpositionen, die sich ebenfalls zu einem Antagonismus entwickeln.

Als langjährige Aktivist\*innen hat unserer Auffassung nach die Absage der bundesweiten Demonstration in Eisenach das Fass zum Überlaufen gebracht und ein neues Niveau erreicht, in dem die radikale Linke ihre Handlungsfähigkeit beerdigt. Sowohl die Gründe für die Absage, das Absagen der Demonstration und die Provokation von YS sind eine Absage an Diskurs und Konfrontation, wie wir sie führen sollten. Regeln wir so etwas in Zukunft nur noch auf Twitter oder Instagram oder führen wir einen realen Konflikt auf der Straße gegen konkrete faschistische Gefahr?

Wir nehmen hier keine Wertung der Gründe vor, warum nicht zusammengearbeitet wird. Wir stellen lediglich fest, dass eine Minderung der Kampfkraft kontinuierlich ansteigt, die, wie wir denken, aktuell jedoch verstärkt gebraucht wird, um überhaupt handlungsfähig auf die weiteren Entwicklungen der Faschisierung reagieren zu können. Als Ursache erkennen wir bestimmte Denkweisen an, die dem antifaschistischen Kampf mehr Schaden als Nutzen zufügen, welche sich durch das gesamte Spektrum der radikalen Linken ziehen.

## 2.2 Die K-Gruppen-Debatte

Fast tagesaktuell erscheinen Thesen über die autoritäre Linke, der mutmaßlich Einhalt geboten werden muss. Hier nachzu-

lesen: <https://knack.news/10191> und <https://knack.news/10134>

Dies erscheint uns in Anbetracht der aktuellen Situation mehr als fraglich. Müssen wir uns als radikale Linke damit auseinandersetzen, wie wir jetzt einzelne Spektren einsortieren und wie wir mit ihnen umgehen? Dabei knüpfen wir bei der Diskussion über „Bürgerliche“ an, die wir bereits ausführten. Die Roten bekämpfen die Bürgerlichen, die Autonomen die Roten und die Roten dann im Gegenzug wieder die Autonomen (siehe dazu Aktion Rote Flora <https://taz.de/Nahost-Konflikt-in-der-linken-Szene/!6007672/>). Das „Zeit zu handeln“, genau diese Diskussionen nicht weiter ausführt und einen konkreten Vorschlag einräumt, um von dieser Praxis wegzukommen, ist inhaltlich sehr schwach und leider nicht zielführend. Die ostdeutschen Antifas beschreiben mit den immer weiteren Schaffen von -ismen genau jene Konfliktlinien, die eine Einheit mehr unterbinden als schaffen. Wie denn auch anders? Die Abgrenzung wird gezielt gesucht und in die Praxis eingebettet. Wir erinnern an dieser Stelle an die „Fehleranalyse“ der Linkspartei – Schuld am Niedergang ist Sahra Wagenknecht. Die radikale Linke bzw. das linke Spektrum in seiner Gesamtheit ist das Problem des Niedergangs, und eine flapsig formulierte Forderung der Einheit wird dies nicht ändern.

## Schlusswort

Wir wollen uns nicht damit abfinden, dass die aktuelle Situation und der Zustand der radikalen Linken so bleibt, wie er derzeit ist. Wir appellieren an dieser Stelle, sich auf einen ernstgemeinten minimalen Konsens zu verständigen, zur einheitlichen Abwehr faschistischer Gefahr. Dies ist kein Ding der Unmöglichkeit, sondern eine Frage des Willens und der eigenen Einstellung. Raus aus dem Elfenbeinturm, runter mit den eigenen Anspruch und erwartungen. Wir stellen keine große und wahrnehmbare Bewegung dar, die einen Gegenentwurf zum bestehenden System präsentieren kann. Wir haben keine Kräfte, die effektiv in Klassenkämpfe eingreifen können und schon gar keine, die diese lenken und die Führung beanspruchen können. Auch wenn wir uns das idealerweise wünschen und darauf hinarbeiten. Wir stellen eine Bewegung dar, in der sich einzelne Gruppen mit blindem Vollzeitaktivismus in Nischenthemen verrennen, die eigenen Leute in den Burnout treiben und andere Gruppen denunzieren, bis zur Handlungsunfähigkeit. Das tut weh, so zu hören. Es entspricht dennoch der Realität. Individualismus der im neoliberalismus eingeprägt wurde, das Ideal „wir können das als Gruppe alles schaffen“ schafft gerade die Basis dafür, das wir unserer historischen Verantwortung als Antfaschist\*innen in einer Republik die aus dem Faschismus entstanden ist nicht

gerecht werden.

Es ist 5 nach 12! Und es ist Zeit aufzuwachen und die Hände zu reichen.

# Anmerkung zur Anmerkung von „NRW- Antifas“

Danke an die ostdeutschen Antifas für den Aufschlag in der Debatte. In der Anmerkung wird es jedoch um die Reaktion der NRW-Antifas gehen, zeigt doch die recht schnelle Reaktion aus NRW weitere Probleme der „Zeit zu handeln“ Erklärung und der unterstützenden Gruppen auf.



Andere Antifas aus  
Ostdeutschland

1. Auf Bundesebene sind linksradikale Strukturen nicht in der Lage, derartig große, in der Gesellschaft wahrnehmbare Proteste aufzubauen.

Im Intro gibt es von den Antifas aus NRW noch eine zeitliche Einordnung der „Zeit zu Handeln“ Erklärung, nämlich „um den AfD-Parteitag“ in Essen. Auffälligerweise, wird über diesen jedoch kein Wort verloren. Zwar werden viele Fragen und Konfliktlinien

aufgemacht und letztendlich geschrieben „Da hilft der Text von „Zeit zu handeln“ wenig, wenn einige der Unterzeichnergruppen ein Teil des Problems sind.“, doch eine Analyse und Auswertung der Situation zu Essen, findet aus NRW nicht statt. Überhaupt findet sich auf Indymedia zu Essen (nicht im Openposting geblieben) nur ein sehr persönliches Plädoyer <https://de.indymedia.org/node/375726>. Wieso mangelt es an selbstkritischen Auswer-

tungen? Liegt es daran, dass für das nicht Erreichen der Ziele den AfD-Parteitag zu verhindern oder effektiv zu stören, die klassischen Argumentationen wie:

- linke Grabenkämpfe, die die „Kampfformen“ stören
- mangelnder „Klassenkampf“ und das Fehlen des richtigen „Bewusstsein“
- „Antideutsche“ nicht heran gezogen werden konnten?

Stattdessen wieder nur das Mantra: „Ohne die Polizeigewalt hätte der AfD-Parteitag nicht stattgefunden.“ (<https://www.anti-kapitalismus.org/2024/06/29/kurze-anmerkungen-zu-den-pr...>)

Die Antifas es NRW stellen fest: „Mit Blick auf das Kräfteverhältnis werden wir das Anrollen der AfD nicht stoppen können, wenn die radikale Linke so weitermacht wie bisher.“

Wieso wird dieses „Anrollen“, wie es die „Zeit zu Handeln“-Erklärung ebenfalls tut, nur mit den Landtagswahlen im Osten (Thüringen, Sachsen Brandenburg) in Verbindung gebracht? Als hätte es keine guten Wahlergebnisse der AfD bei den Landtagswahlen in Hessen und Bayern 2023 gegeben, als wäre bei den Europawahlen in Baden-Württemberg und Bayern die AfD nicht auch zweitstärkste Kraft geworden. In Bayern haben seit 2023 die CSU, Freien Wähler und AfD zusammen 67,4%, was wir jedoch bisher nicht von den westdeutschen Antifas in Erklärungen wie bei der „Zeit zu Han-

deln“ dazu gelesen haben:

„Wir werden deshalb die Wahlsiege der Faschist:innen im September nicht unwidersprochen hinnehmen. Wir werden den Wahlkampf der AfD und ihre Wahlpartys stören, Proteste gegen das Erstarken der Rechten organisieren und den Faschist:innen im Osten nicht die Straße überlassen. Wir rufen bundesweit alle Antifaschist:innen auf, sich lokal wie überregional an den Protesten gegen die Wahlerfolge der AfD zu beteiligen und diese zu organisieren.“

Wieso finden sich bei der „Zeit zu Handeln“-Erklärung zu den Landtagswahlen im Osten im September keine Gruppen aus Sachsen, Thüringen und Brandenburg? (Verwirrung gab es um eine Gruppe aus Leipzig, die jetzt wieder verschwunden ist) Ist das immer noch „die Crux mit den Osis“ (<https://www.inventati.org/leipzig/?p=2791>), wie aus der Zeit der gescheiterten „Wohlfahrtsausschüssen“ aus den 90er Jahren? Eigentlich sollte es gar nicht so schwierig sein, Kontakt zu erhalten oder liegt es doch daran, dass die Perspektive ostdeutscher Antifas nicht in die eigenen Schablonen passt: <https://unrast-verlag.b-cdn.net/wp-content/uploads/downloads/897717244-Antifa-Kalender-2024-Leseprobe.pdf>

In der „Zeit zu Handeln“-Erklärung findet sich nicht ein einziger Aspekt, auch sich unterscheidenden Betrachtungen von Antifas aus dem Osten wieder. Ob es eine über Generationen weitergegebene Überheblichkeit und Arroganz

den „Ossis“ gegenüber ist oder bloßes Desinteresse brauchbarer und notwendiger Analysen der extremen Rechten aus der ehemaligen Zone ([https://www.inventati.org/leipzig/?page\\_id=2663](https://www.inventati.org/leipzig/?page_id=2663)), vermögen nur die bisher 17 unterzeichnenden Zusammenhänge beantworten zu können.

## 2.1 Zersplitterung von zentralen Aktionstagen

Zu den „Sorgenkindern“, fangen wir mit dem 1. Mai an und lassen das aus NRW vergessene „Sorgenkind“ Berlin aus dem Jahr 2007 antworten (Triggerwarnung, Antideutsche der TOP Berlin aus UG): 1. Wäre er es nicht schon, man müsste den 1. Mai in Berlin für tot erklären. Zugrunde gegangen zwischen Revolutionssimulation und Maibaumsause, protektionistischer Standortdemo und infantiler Regression, Myfest-Bespaßung und Arbeitsfetischismus. Erstickt nicht etwa an Passivität, sondern an Pseudoaktivität. Deshalb wäre der erste kritische Schritt die Weigerung am Teilnehmen. Nicht etwa, um mit dem Schweinesystem seinen Frieden zu schließen, sondern gerade um den Wahrheitsgehalt seiner Utopie zu retten, gilt es den 1. Mai als ritualisiertes Spektakel zu beerdigen um sein kritisches Potential wiederzubeleben. Schon der Form halber rufen wir deshalb dazu auf, bereits am 30. April der Notwendigkeit zur radikalen Veränderung des schlechten Be-

stehenden einen Ausdruck zu verleihen. Wir tun dies, nicht weil der 30. April ein besserer Tag ist, sondern weil die Überwindung des Kapitalismus viel zu wichtig ist, als das sie symbolisch auf den 1. Mai beschränkt bleiben darf... Betrachtet man Staat und Kapital materialistisch, ist weniger die Frage entscheidend, wer von beiden »Arsch-« und wer »-Loch« ist. Wichtiger ist die Einsicht, dass der kapitalistische Gesamtzusammenhang auch in Zukunft als Garant für das Hervorbringen von Scheiße zu gelten hat. Das Ganze ist das Falsche. Deshalb muss in letzter Konsequenz auch die Forderung nach einer »Repolitisierung« des 1. Mai radikal zurückgewiesen werden. Es ist der Aufruf, sich an die Regeln des Spiels zu halten. Was das Schweinesystem verdient ist nicht den Dialog, sondern ein unmissverständliches: Fuck You! Wir wollen keine Verbesserungsvorschläge machen, sondern den engen Korridor der Verbesserungsmöglichkeiten im Bestehenden bis auf seine Grundmauern niederreißen. Seien wir im aufgeklärtesten Sinne destruktiv. Denn es geht um nichts weniger, als die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und die Einrichtung der Gesellschaft nach humanen Zwecken. ([https://web.archive.org/web/20070721170419/http://top-berlin.net/?page\\_i...](https://web.archive.org/web/20070721170419/http://top-berlin.net/?page_i...))

Die Aussage über Leipzig ist falsch, handelt es sich weder „um zwei linksradikale Bündnisse“ noch um eine „mutmaßliche Dominanz von K-Gruppen und Nahostpositionen“, wie hier zu er-

fahren wäre (im Openposting verblieben): <https://de.indymedia.org/node/377966>

Zum Thema Eisenach, ist es beachtlich, dass die „langjährigen Aktivist\*innen aus NRW“ wohl vergessen haben oder es nicht mitbekommen haben, dass 2019 eine bundesweite Antifa-Demo ohne Instrumentalisierung von ML-Gruppen ausgekommen ist (<https://irgendwo-indeutschland.org/pressemitteilung-ein-anderes-eisenach-ist-moglich/>). Im Gegenteil, die MLPD-Sekte sogar eine Gegenkundgebung gegen die Antifa-Demo veranstaltete und schon länger gegen den Thüringer Ratschlag hetzt (<https://ratschlag-thueringen.de/>).

Wir nehmen hier keine Wertung der Gründe vor, warum nicht zusammengearbeitet wird. Wir stellen lediglich fest, dass eine Minderung der Kampfkraft kontinuierlich ansteigt, die, wie wir denken, aktuell jedoch verstärkt gebraucht wird, um überhaupt handlungsfähig auf die weiteren Entwicklungen der Faschisierung reagieren zu können.

Als ostdeutsche Antifas wissen wir sehr wohl, dass diese erklärte „Kampfkraft“ nicht von der Beteiligung von YS oder irgendwelcher ML-Sekten und K-Gruppen abhängt. Wir nehmen uns das Recht einer „Wertung“ vor. Weil wir aus unseren Familiengeschichten die Bedeutung von Stasi, Knast, Jugendwerkhof, Venerologische Stationen... kurzum, des real existierenden Sozialis-

mus in der DDR kennen. Mag die Auseinandersetzung im Westen um die Siegerjustiz-Ausgabe der RHZ im Osten (<https://rotehilfedresden.noblogs.org/post/2020/10/12/ausfuehrliches-statement-zum-schwerpunkt-der-rhz-42016/> / <https://ea-dresden.site36.net/veranstaltungen/siegerjustiz/debattenbeitraege/>) nicht beachtet worden sein, für die radikale Linke, gerade für die älteren Antifaschist\*innen, war und ist es von Bedeutung.

Vielleicht spielt es für eine westdeutsche Linke keine Rolle, welche Inhalte und Werte Personen oder Gruppen auf einer Demo vertreten. Wer keine Ahnung davon hat, was es bedeutet(e) als Antifas im Osten aufgewachsen und aktiv (gewesen) zu sein, sollte sich die Anmerkungen, wie aus NRW verkneifen. Wer Christine Ostrowski nicht kennt, braucht auch nicht von Sahra Wagenknecht schreiben.

Wir appellieren an dieser Stelle, sich auf einen ernstgemeinten minimalen Konsens zu verständigen, zur einheitlichen Abwehr faschistischer Gefahr. Dies ist kein Ding der Unmöglichkeit, sondern eine Frage des Willens und der eigenen Einstellung. Raus aus dem Elfenbeinturm, runter mit den eigenen Anspruch und erwartungen.

Die Wahrheit ist, im Osten haben wir gar keinen „Anspruch“ oder „Erwartungen“ an eine westdeutsche Antifa. Antifaschistischer Selbstschutz musste hier schon

immer eigenständig realisiert werden (die solidarischen Antifas aus dem Westen, die in den vergangenen Jahrzehnten dem Weg in den Osten gefunden haben und den Menschen auf Augenhöhe begegneten, sind hier explizit ausgenommen). Brauchbare Strategien und Konzepte zum Umgang mit der AfD sind auch nicht wahrnehmbar, wie der Parteitag in Essen oder die Ergebnisse in Hessen und Bayern 2023 zeigen.

Richtig ist, dass die Repression, gerade beim „Sorgenkind“ Leipzig in den letzten Jahren zugenommen hat, aber nicht wie alea meint „die Gesellschaft dabei ist, in eine krisenhafte Phase einzutreten“ (<https://knack.news/9898>), sondern weil sich eine antifaschistische Bewegung im Osten, gerade in Leipzig, an „Lieber militante Experimente als rassistische Katastrophen“ orientierte (<https://www.inventati.org/leipzig/?p=3289>), dafür mit massiver Repression überzogen wird und mit dem Neonazi-Angriff 2016 in Connewitz bedacht wurde. Deren juristische Folgen im Bewusstsein einer westdeutschen Linken, ebenfalls nicht auftaucht: <https://www.inventati.org/leipzig/?p=5364>. Auch auf diese Rechnung (<https://knack.news/4956>), blieben autonome militante Antifas größtenteils sitzen.

Aber immerhin wird ein westdeutsches Bündnis von Antifagruppen am 1. September sich an „Protesten gegen die Wahlerfolge der AfD beteiligen und diese organisieren“, zwar ohne irgendeine Perspektive von Antifas in Ost-

deutschland zu vertreten oder sich mit dieser zu beschäftigen, aber die „Kampfkraft“ und „Geschlossenheit der Reihen“, bspw. in Stuttgart, wird den Antifas im Osten zeigen, wie die „Bewegung“ in Bautzen zu machen ist.

# Eine marxistische Verteidigung des „Aufrufs“

Verteidigung des „Zeit zu handeln“ Aufrufs; Kritik der „ostdeutschen Antifas“; und Versuch, die Debatte auf ein höheres Niveau zu heben.



Joséphine Babeuf

Der folgende Text ist ein Beitrag zur Debatte, die rund um den Aufruf „Zeit zu handeln“ entstanden ist. Ziel ist es, den ursprünglichen Aufruf aus einer marxistischen Perspektive gegen die fehlerhafte Kritik der „ostdeutschen Antifas“ zu verteidigen. Weil es jedoch stimmt, dass der Aufruf an entscheidenden Stellen nur bei Andeutungen stehen bleibt, ist der folgende Text zweigeteilt: Im ersten Teil wird gezeigt, dass die Kritik der „ostdeutschen Antifas“ haltlos ist und auf einem falschen Verständnis beruht. Der zweite Teil besteht aus kurzen Darstellungen zu vier Themen - Klassen; Klas-

senbewusstsein; aktuelle historische Situation; bröckelnder Herrschaftskonsens - die für die Debatte von Relevanz sind und die Kritik aus dem ersten Teil untermauern. Zum Schluss finden sich ein paar zustimmende Worte zu der Kritik der „ostdeutschen Antifas“ an der radikalen Linken.

## Teil 1: Die Fehler der „Ostdeutschen Antifas“

Die AutorInnen versuchen damit zu beginnen, die Position des

„Zeit zu handeln“ Aufrufs wiederzugeben, doch dabei kommt es zu einer Reihe schwerer Fehler, die schlussendlich dazu führen, dass die AutorInnen den Aufruf nichtmehr verstehen und meinen, in ihm Widersprüche gefunden zu haben. So schreiben sie:

• „Die Herrschenden führen einen Klassenkampf nach unten, weil es eine Krise im Kapitalismus gibt.“ Schon hier liegt der erste Fehler: Der Klassenkampf wird nicht wegen der Krise, sondern in der Krise geführt. Die bloße Existenz der Klassen bedeutet, dass es Klassenkampf geben muss, weil die Bourgeoisie nicht friedlich neben dem Proletariat lebt, sondern parasitär von der Arbeit der ArbeiterInnen. In der Krise nimmt der Klassenkampf zwar an Intensität zu, aber er wird niemals wegen der Krise geführt. Der ursprüngliche Aufruf behauptet nicht, was die AutorInnen hier schreiben, es wird lediglich festgestellt, dass die ergriffenen Maßnahmen Teil des „Klassenkampfes von oben“ sind. Diese Ungenauigkeit ist jedoch erst der Anfang:

• „Um den Klassenkampf nach unten zu vertuschen, bedienen sie [die Herrschenden] sich des Diskurses und betreiben in diesem rassistische Hetze. Um dabei nicht das Gesicht zu verlieren, bedienen sie sich der AfD. So weit, so klassenkämpferisch – ganz schön trickreich von den Herrschenden. [...] Wenn wir jetzt einmal so frei sind, die Herrschenden durch die Kapitalisten zu erset-

zen, denn wenn es einen Klassenkampf von oben gibt, wer soll es sonst sein, dann könnten wir es auch auf die alte Parole runterbrechen: Hinter dem Faschismus steht das Kapital.“ Die „ost-deutschen Antifas“ begehen hier zwei schwerwiegende Fehler:

1. „Die Herrschenden“, ein Begriff, der im gesamten Aufruf nur einmal vorkommt, wird hier ohne Weiteres mit „die Kapitalisten“ gleichgesetzt. Das wechselseitige, bzw. dialektische Verhältnis von politischer und ökonomischer Herrschaft wird einfach plattgebügelt, was bleibt sind „die Kapitalisten“ als einzig Herrschende. Zwar ist die Bourgeoisie, wie unten ausgeführt wird, die herrschende Klasse, aber der Staat als Instrument ihrer Klassenherrschaft ist eben nicht mit ihr als Klasse identisch. Anders als z.B. in den antiken Stadtstaaten bestehen Militär, Verwaltung, Gerichtswesen und selbst viele Regierungen nicht aus Angehörigen der herrschenden Klasse, sondern aus dem Kleinbürgertum. Das bedeutet nicht, dass der bürgerliche Staat nicht der Staat der KapitalistInnen ist, sondern im Gegenteil, dass der Staat umso allgemeiner den Kapitalgesetzen unterworfen ist. Es sind KleinbürgerInnen, die im Dienste der gesamten Klasse der KapitalistInnen ihren Klassenstaat bilden.

2. Es wird behauptet, die Bourgeoisie würde nach eigener Analyse reaktionäre Positionen bewusst verbreiten, um ihre Position zu

stärken (bewusst im unten ausgeführten Sinn, als letztendlich klassenbewusst). Nicht nur, dass diese Position dadurch ad absurdum geführt wird, dass der Staat wie gesagt größtenteils nicht aus Bourgeois besteht, als herrschende Klasse ist die Bourgeoisie, wie unten ausgeführt wird, überhaupt nicht bewusstseinsfähig. Trotzdem setzen die AutorInnen sie als bewusst handelndes Subjekt hinter den Rechtsruck. Der „Zeit zu handeln“ Aufruf vertritt diese Position nicht, dort heißt es lediglich:

- „Flankiert und verschleiert wird der Klassenkampf von oben durch immer neue rassistische, antifeministische und chauvinistische Debatten.“ Und

- „Um den Status Quo für die Herrschenden zu erhalten werden großflächig soziale Errungenschaften abgebaut, die Reallöhne gedrückt, Klimaschutzvereinbarungen missachtet, der Polizei immer mehr Möglichkeiten zur Gängelung und Überwachung an die Hand gegeben.“

Dabei handelt es sich um Tatsachenbeschreibungen. An keiner Stelle wurden „die Herrschenden“, bzw. die Bourgeoisie auch nur grammatikalisch als Subjekt gesetzt. Dabei handelt es sich um eine Eigenleistung der „ostdeutschen Antifas“.

Um die marxistische Position nicht falsch zu verstehen: Die Tatsache, dass die Bourgeoisie

keine bewusstseinsfähige Klasse ist, bedeutet nicht, dass sie nicht handeln kann. Sie handelt jeden Tag, aber sie ist nicht fähig, vernünftig zu handeln. Ihr Handeln unterliegt „spontanen“ Bewegungen, die ihre Ursache nicht in der Einsicht in die Wahrheit haben. Will man die Handlungen der herrschenden Klasse verstehen, muss man deshalb ihre objektive Lage analysieren und kann den Grund nicht in ihren geistigen Werken finden. Mit diesem Wissen entpuppen sich die von den „ostdeutschen Antifas“ festgestellten „unlösbaren Widersprüche“ nur als eine unklare Analyse. So wundern sie sich:

- „Was heißt hier Wind aus den Segeln nehmen? Schließlich wurde gerade doch noch gesagt, dass das alles Absicht ist? Wer also sollte nun der AfD den Wind aus den Segeln nehmen wollen?“

Ebenso verhält es sich mit dem zweiten „Widerspruch“: Die „ostdeutschen Antifas“ wundern sich, dass die liberalen und sozialdemokratischen Parteien bei ihrem „Kampf gegen rechts“ nichts von den Ursachen des Rechtsrucks wissen wollen, weil sie auch hier fälschlicherweise annehmen, der Rechtsruck und der Aufstieg der AfD sei ein bewusst herbeigeführter Prozess, um vom Klassenkampf abzulenken. Da das Kleinbürgertum ebenfalls keine bewusstseinsfähige Klasse ist, verstehen auch die größtenteils kleinbürgerlichen PolitikerInnen

die Grundlagen unserer Gesellschaft nicht. Ihre Klassenlage verhindert es, dass sie selbst einfache Dinge, wie die Tatsache, dass die Gesellschaft in Klassen geteilt ist, nicht erfassen können. Ironischerweise sogar, obwohl die Klassentheorie ursprünglich nicht von SozialistInnen, sondern von bürgerlichen Theoretikern wie Adam Smith und David Ricardo entwickelt wurde. Die „ostdeutschen Antifas“ haben gezeigt, dass sie die Parole „Hinter dem Faschismus steht das Kapital“ von vorne bis hinten nicht verstehen. Sie drückt aus, dass der Faschismus nur dann zur Herrschaft kommen kann, wenn er mit dem Klasseninteresse der Bourgeoisie übereinstimmt. So konnte der NS in Deutschland nur an die Macht gelangen, weil er 1) den verschiedenen Kapitalfraktionen einen Ausweg aus der Sackgasse der desaströsen Weltwirtschaftskrise bot, indem er militärisch die Märkte eroberte, die dem geschwächten deutschen Kapital durch Zölle versperrt waren, und 2) weil er in der Lage war, die ArbeiterInnenbewegung terroristisch zu unterwerfen und so die Gefahr einer kommunistischen Revolution abzuwehren. Es ist es weder nötig noch möglich, dass die Bourgeoisie den Faschismus bewusst hervorbringt. Die Parole wird dem dadurch gerecht, indem gesagt wird, dass hinter dem Faschismus „das Kapital“ und nicht „die KapitalistInnen“ stehen – ein irrelevanter Unterschied, wenn man versteht, dass KapitalistInnen als personalisiertes Kapital herrschen,

doch diese Formulierung macht es bei genauem Lesen unmöglich, ein (Klassen-)bewusst handelndes Subjekt anzunehmen.

Was von der Kritik der „ostdeutschen Antifas“ übrigbleibt, ist neben ungenauem Lesen ein Missverständnis der marxistischen Gesellschafts- und Faschismusanalyse: Sie gehen davon aus, dass jede Klasse eine bewusste Klasse ist, ohne zu überprüfen, was die Bedingungen dafür sind, dass Klassenbewusstsein entstehen kann. Bei den von ihnen gefundenen Unstimmigkeiten handelt es sich nur um scheinbare Widersprüche, die sie durch ihre Fehler selbst hervorgebracht haben. Wenn man Adornos Positionen vertritt, sollte man eigentlich nicht hinter Lukács Erkenntnisse zurückfallen, sonst ist die eigene Position als halbe Wahrheit schon die ganze Unwahrheit.

## Teil 2: Die Marxistische Theorie

Um einige der im ersten Teil nur kurz hervorgebrachten Argumente zu untermauern und um etwas größere Klarheit über die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft zu schaffen, folgt eine kurze Darstellung, was Klassen sind, was Klassenbewusstsein meint, in welcher historischen Situation wir uns befinden und welche Rolle die AfD im bröckelnden Herrschaftskonsens einnimmt.

## Was sind Klassen?

Klassen werden dadurch bestimmt, in welchem Verhältnis eine Person zur Produktion steht. Eine Klasse ist keine gesellschaftliche Schicht, die sich z.B. durch eigene Subkultur oder eigenen Kleidungsstil auszeichnet. Der „typische“, weiße Mechaniker, der bei VW arbeitet, ist nicht Proletarier, weil er Blauemann trägt und nach der Arbeit in der Kneipe sein Bier trinkt, sondern weil ihm VW nicht gehört und er dort für Lohn arbeiten muss. Historisch gab es viele verschiedene Klassen, SklavInnen und Sklavenbesitzer, Leibeigene und adlige Grundherren, usw., doch im Kapitalismus gibt es nur zwei, bzw. 2,5 relevante Klassen: Das Proletariat, die Klasse der Lohnabhängigen, die „ArbeiterInnenklasse“, und die Bourgeoisie, die Klasse der KapitalistInnen, die von ihrem Besitz leben. Die 2,5. und „halbe Klasse“ ist das Kleinbürgertum, Personen, die zwar über ihre eigenen Produktionsmittel verfügen, die aber nicht allein von der Arbeit anderer leben können und die deshalb selber arbeiten müssen.

Proletariat und Bourgeoisie existieren nicht unberührt nebeneinander, sondern die Bourgeoisie lebt parasitär von der Arbeit des Proletariats. Die herrschende Bourgeoisie beutet marxistisch gesprochen das Proletariat aus. Ausbeutung ist hier nicht ein schlechter Lohn oder schlechte Arbeitsbedingungen, wie Bürger-

liche es verstehen, sondern Ausbeutung liegt bereits im Lohnverhältnis selber. Das liegt daran, dass, wenn für Lohn gearbeitet wird, es auch KapitalistInnen geben muss, die diesen Lohn auszahlen, und weil immer mehr erarbeitet wird, als Lohn gezahlt wird (wer das Kapital mehr kostet als einbringt, wird schnell entlassen), leben die KapitalistInnen immer parasitär von denen, die sie anstellen.

Im Unterschied zu allen bisherigen Klassenverhältnissen handelt es sich bei der Herrschaft der Bourgeoisie um keine „persönliche“, sondern eine „abstrakte“ Herrschaft: Während z.B. in der Antike eine Sklavin direkt von ihrem Sklavenbesitzer besessen und beherrscht wurde, werden ProletarierInnen nur durchs Kapital von „ihren“ Bourgeois beherrscht. So kann ein Chef den Angestellten auf der Arbeit sagen, was sie in einem gesetzlichen Rahmen wie zu machen haben, doch nach der Arbeit hört diese direkte Macht auf. Zusätzlich steht es den ArbeiterInnen zu, den Bourgeois zu wechseln und sich dieser einen direkten Macht zu entziehen. Eine antike Sklavin jedoch stand permanent unter der Kontrolle des Herrn und konnte dieser auch nicht durch ein selbst gewählten Herrenwechsel entkommen. Dieser Punkt ist enorm wichtig, denn er bedeutet, dass KapitalistInnen nur als personifiziertes Kapital herrschen können: Bourgeoisie und Proletariat bleiben „Herr und Knecht“,

aber die einzelnen KapitalistInnen verliert ihren „freien Willen“ als HerrInnen und unterliegt vollkommen den Gesetzen des Kapitals.

## Klassenbewusstsein

Obwohl der Marxismus eine materialistische Philosophie ist, spielt das Bewusstsein eine entscheidende Rolle. Bewusstsein meint dabei nicht nur, etwas nicht „unbewusst“, nicht „auf Autopilot“ zu machen, sondern vielmehr die eigene Umwelt verstehen und sich in der Gesellschaft verorten können. In einer Klassengesellschaft heißt das: Sich der eigenen Stellung im Produktionsprozess bewusst zu werden und Klassenbewusstsein entwickeln. Klassenbewusstsein ist also nicht etwa das, was z.B. ein durchschnittlicher Proletarier denkt, und auch nicht das, was alle ProletarierInnen gemeinsam denken. Klassenbewusstsein ist das, was eine Proletarierin denken würde, wenn sie den ganzen Aufbau der Gesellschaft verstehen würde und sich als Proletarierin ihrer eigenen Interessen bewusst wäre.

Damit wird klar, dass Klassenbewusstsein nicht per se mit den Klassen entsteht. Um zum Bewusstsein zu gelangen, sind gewisse Voraussetzungen nötig, denn erst von einer bestimmten Stellung aus kann das Ganze überhaupt erkannt und akzeptiert werden. Somit ist auch nicht jede Klasse bewusstseinsfähig. Ein leibeige-

ner Bauer lebte zu isoliert und von Bildung zu sehr abgeschnitten, als dass er die gesamte Gesellschaft und seine Rolle darin hätte verstehen können – seine Klassenlage versperrte ihm diese Einsicht und machte Klassenbewusstsein unmöglich.

Die Bourgeoisie war vor ihrer Herrschaft bewusstseinsfähig, so z.B. in der französischen Revolution, aber ist es nichtmehr. Das liegt daran, dass ihr Klassenbewusstsein seit dem Beginn ihrer Herrschaft in Konflikt mit ihrem Klasseninteresse getreten ist (was das konkret bedeutet kann hier nicht ausgeführt werden, ist aber u.a. im Essay „Klassenbewusstsein“ in „Geschichte und Klassenbewusstsein“ von Georg Lukács zu lesen). Zwar können einzelne KapitalistInnen sich trotzdem der Lage bewusst und MarxistInnen werden, doch dann nehmen sie den Standpunkt des Proletariats ein, als Klasse aber ist die Bourgeoisie bewusstseinsunfähig. Ein Ausdruck davon ist, dass die KapitalistInnen und bürgerliche Ökonomen ihr eigenes System nichtmehr verstehen, so z.B. Christian Lindner und die FDP, wenn sie dogmatisch an der Schuldenbremse festhalten und dem deutschen Kapital damit massiv schaden. Die Bourgeoisie unterliegt damit für sie „spontanen“ Bewegungen, über die sie nie wieder Kontrolle erlangen kann, sie ist dazu verdammt, bis zu ihrem Sturz in der Bewusstlosigkeit zu taumeln. Nur das Proletariat ist heute bewusstseinsfähig, und gleichzeitig auch die

einzigste Klasse, die in der Lage ist, den Kapitalismus zu überwinden. Wenn alle ProletarierInnen klassenbewusst wären, könnte das Proletariat jederzeit die Macht übernehmen und heute schon den Kommunismus einführen. Damit ist der Kampf um das Klassenbewusstsein der entscheidende Kampf, den es zu führen gilt. Heute sind wir davon leider noch weit entfernt, klassenbewusste Positionen sind im Proletariat wenig verbreitet – und das findet seinen Ausdruck auch im Aufstieg der AfD.

#### Aktuelle historische Situation

Die historische Epoche, in der sich der westliche Kapitalismus befindet, lässt sich am treffendsten als Staatsmonopolkapitalismus beschreiben. Der Wettbewerb vieler kleinerer Unternehmen hat sich zu einer vom Staat unterstützten und ergänzten ökonomischen Herrschaft der Monopole entwickelt. Dieser Prozess ist sowohl unumkehrbar, als auch notwendig zur Vorbereitung des Kommunismus.

Auch in seiner aktuellen Epoche gibt es keinen stabilen Kapitalismus, weil der Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen immer zu Überproduktionskrisen führen muss. Trotzdem sind lange Phasen des Aufschwungs möglich, von denen es im Westen bisher nur zwei gab – Mitte der 1890er bis 1914, und der „Nachkriegsboom“ von 1945 bis 1973. Das Ausmaß des Nachkriegsbooms ist heute schwer vorstellbar, von 1950 bis 1960

hatte sich das Bruttosozialprodukt verdreifacht (heute sind 2% BIP Wachstum ein gutes Jahr) und von 1950 bis 1970 verdoppelten sich fast alle 10 Jahre das Realeinkommen der Massen\*). Spätestens seit der Ölkrise 1973 ist diese Epoche vorbei, der Kapitalismus ist wieder zum gewohnten Modus übergegangen, Krise folgt auf Krise (auf die Gründe dafür kann hier nicht genauer eingegangen werden, aber neben dem abgeschlossenen Wiederaufbau gab es allgemein eine tiefgreifende Umstrukturierungen der gesamten Ökonomie).

Mittlerweile sind auch die neu entstandenen Märkte in den ehemals sozialistischen Ländern unter den Imperialistischen Ländern aufgeteilt, und mit China gibt es auf der Weltbühne eine aufstrebende Imperialmacht, die das westliche Kapital immer mehr bedroht. Einen guten Ausweg aus alledem ist für den Kapitalismus nicht zu erkennen, ohne eine sozialistische Revolution wird der Kapitalismus so reagieren, wie er in seiner Geschichte immer getan hat: mit einem neuen großen Krieg, der das Problem für das eigene nationale Kapital so lange löst, bis die inneren Widersprüche wieder hervortreten und zur nächsten Katastrophe führen. [\*Dilger, Frevert, Günther-Arndt, Hofacker, Hoffmann, Maneval, Zwölfer u. a.: Kursbuch Geschichte – Vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zur Gegenwart. 2003, S. 381]

Bröckelnder Konsens und die AfD  
Bekanntlich lässt sich keine  
Herrschaft ausschließlich auf  
Gewalt bauen. So müssen im Wes-  
ten die wenigen Prozent Bourgeois  
das 85-90% der Gesellschaft um-  
fassende Proletariat durch einen  
Herrschaftskonsens vom Wider-  
stand abbringen. Der Nachkriegs-  
boom hat die materielle Grundla-  
ge dafür geliefert, einen solchen  
umfassenden Konsens zu schaffen.  
Wenn die Masse der Lohnabhängigen  
davon ausgehen kann, dass sich  
jedes Jahr der eigene Lebens-  
standard spürbar erhöht, werden  
diese Massen aus ihrem unmittel-  
baren Interesse nicht zu revolu-  
tionären Positionen kommen, und  
nur Menschen mit genügend histo-  
rischer Weitsicht werden zu Re-  
volutionärInnen.

Mit dem Ende des Wirtschaftsbooms  
bröckelt dieser erkaufte Konsens  
jedoch an allen Ecken und Enden.  
Ohne die materielle Grundlage,  
die der Kapitalismus nie auf Dau-  
er produzieren kann, können weni-  
ger Menschen reformistisch in der  
Staat und die bürgerliche Zivil-  
gesellschaft eingebunden werden.  
Am weitesten entwickelt ist die-  
ser Prozess vermutlich in Frank-  
reich, doch auch für Deutschland  
gibt es Umfragen, in denen die  
absolute Mehrheit angibt, mit  
der BRD nichtmehr zufrieden zu  
sein. In einer solchen Situati-  
on ist der Staat gezwungen, den  
weggebrochenen Konsens durch Re-  
pression und Gewalt zu ersetzen  
- eine Entwicklung, die wir in  
allen westlichen Staaten beob-  
achten können.

Es gibt keinen Automatismus, der  
daraus zu revolutionärem Klas-  
senbewusstsein führt, aber diese  
Situation ist die Grundlage da-  
für, dass revolutionäre Positio-  
nen und Organisation im Proleta-  
riat massenanklang finden können.  
Wenn diese Gelegenheit von Kom-  
munistInnen nicht genutzt wird,  
findet die Wut über die Zustän-  
de ihren Ausdruck in einem ver-  
wirrten „Widerstand“ gegen das  
falsch verstandene „System“, der  
auch reaktionäre Formen anneh-  
men kann. In Deutschland führt  
die fehlende Stärke der (revo-  
lutionären) ArbeiterInnenbe-  
wegung dazu, dass „das System“  
rein politisch und nicht primär  
ökonomisch aufgefasst wird, was  
es der AfD überhaupt erst ermög-  
licht, sich als Fundamentaloppo-  
sition zu vermarkten. Im unbewus-  
ten Proletariat erfüllt die AfD  
damit die Funktion, den Wunsch  
nach Widerstand in für den Kapi-  
talismus ungefährliche Bahnen zu  
lenken.

Damit ist das Phänomen AfD noch  
nicht ausreichend analysiert, das  
kann hier nicht geleistet werden.  
Es ist noch anzumerken, dass die  
AfD, wie jede Partei, immer eine  
bestimmte Fraktion der Bourgeoi-  
sie vertritt, die gegen andere  
Kapitalfraktionen um ihre Inte-  
ressen kämpft. Das ist der Grund  
dafür, dass sich die überwiegen-  
de Mehrheit der dominierenden  
Großkonzerne gegen den Aufstieg  
der AfD stellt. Prorussische Po-  
sitionen und ein Rassismus, der  
so wild um sich  
greift, dass ausländische Fach-  
kräfte nichtmehr nach Deutsch-

land kommen wollen, liegen nicht in deren Interesse. Die CDU ist damit eine bessere Alternative, mit Merz gibt es Sozialkürzungen, Steuererleichterungen und Aufrüstung, ohne die „guten“, verwertbaren MigrantInnen zu verschrecken oder die imperialen Interessen in der Ukraine aufzugeben. Das bedeutet nicht, dass diese Kapitalfraktionen und ihre Vertretungen konsequente AntifaschistInnen sind, historisch haben sich die verschiedensten Teile der Bourgeoisie als flexibel in Bezug auf den Faschismus gezeigt, doch es ist eine Tatsache, dass sie aktuell am Erfolg der AfD objektiv kein Interesse haben.

### Teil 3: Abschließendes zur Lage der radikalen Linken

Zum Schluss ein paar zustimmende Worte: Die „ostdeutschen Antifas“ haben durchaus Recht, wenn sie schreiben

• „Praxis, gerade angesichts der eigenen Schwäche, braucht Überlegung, braucht Strategie, braucht eine Basis, auf der sie sich entfalten kann. Gibt es diese nicht, sind die schwindenden Kräfte schnell verbraucht.“

Die „radikale Linke“ besitzt als Ganzes aktuell weder Strategie, noch die notwendige organisatorische Basis. Weite Teile sind nicht einmal theoretisch, geschweige denn praktisch, in der

Lage, die Probleme an der Wurzel anzugehen – womit sie die Bezeichnung „radikal“ streng genommen nicht verdienen. Vielmehr geht es, wie die „ostdeutschen Antifas“ treffend festgestellt haben, nur um eine radikalistische Verpackung, der Inhalt wird beliebig, Hauptsache gegen das System, das man nicht versteht. Der zweite Teil des Debattenbeitrags ist der Versuch, gegen zumindest ein Teil des theoretischen Defizits anzukämpfen. Der beschränkte Rahmen macht es leider notwendig, dass große Teile der marxistischen Theorie unter den Tisch fallen. Deshalb endet dieser Text mit dem Apell, sich den eigenen Blick nicht verengen zu lassen: Die kommunistische Bewegung besitzt einen über 200 Jahre reichen Erfahrungsschatz aus Theorie und praktischen Emanzipationskämpfen, fallen wir nicht hinter die Erkenntnisse unserer GenossInnen zurück, sondern lernen wir von Ihnen und heben wir die kommunistische Theorie und Praxis auf die Höhe unserer Zeit! Nur mit diesem Bewusstsein gelingt es uns, aus der Irrelevanz zu entkommen!

# Fröhlich in den Untergang

Antwort auf Josèphine Babeufs Verteidigung des Aufrufs „Zeit zu handeln“



## Antifas aus Ostdeutschland

Kürzlich verfassten wir einen Text, der sich kritisch mit dem Aufruf „Zeit zu handeln“ auseinandersetzte. Darin kritisierten wir die inhaltliche Ungenauigkeit des Aufrufes sowie den Aufruf selbst, der mit den üblichen Appellen, wie sie zu alle Zeiten aus der radikalen Linke kommen, aufwartete, und dabei deren Bedeutungslosigkeit durch Dringlichkeit und Drastik wettzumachen suchte. Nur am Rande thematisierten wir, dass der Aufruf auch etwas Vermessenes hatte darin, dass hier westdeutsche Antifas ohne Beteiligung einer ostdeutschen Antifagruppe einen Aufruf starteten, sich in Ost-

deutschland dem Erstarren rechter Kräfte entgegenzustellen. Das Befremdliche daran wurde von „anderen Ostdeutschen Antifas“ noch einmal deutlich herausgearbeitet, die dabei noch zurückhaltender blieben, als sie hätten sein können, findet hier doch seit jeher alle linke Politik nur im Konflikt mit rechten und faschistischen Kräften statt, insbesondere abseits der „größeren“ Städte, wie etwa Leipzig, Dresden, Magdeburg, Jena und Erfurt. Und auch in Bezug auf diese muss gesagt werden, dass hier die Erfolge im Zurückdrängen faschistischer Kräfte im begrenzten Rahmen bleiben und sich auf zum Teil

bloß temporäre Erfolge und „Szenevierteil“ beschränken. Gleichwohl lässt sich festhalten, dass sich etwa Dresden und mehr noch Leipzig dahin entwickelt haben, dass durch auch diese kleinen Erfolge antifaschistischer Kämpfe sich hier ein für vielleicht westdeutsche Verhältnisse übliches alternatives Wohlgefühl entwickeln konnte. Dieses Klima ist es, was auch hier zu einem Erstarken von politischen Strömungen innerhalb der radikalen Linken geführt hat, die von Antifa nicht mehr viel wissen wollen und für die antifaschistische Praxis nie viel mehr ist als irgendein politisches Thema unter vielen anderen linken Themen. Gerade der autonome Antifaschismus aber hat hierfür nicht unwesentlich den Weg bereitet, wobei hier immer „mitbereitet“ gemeint ist, weil auch klar ist, dass an dem, wenn auch geringfügigen, Zurückdrängen faschistischer Kräfte viele Hände mitwirken mussten, manchmal auch ohne dabei die gleiche Stoßrichtung zu verfolgen oder sich nicht auch gegenseitig Probleme zu machen. Es war und ist dieses Wohlgefühl, was auch andere politische Strömungen dazu einlud, hier das eigene politische Süppchen zu kochen, ohne dabei Rücksicht darauf zu nehmen, welche Kämpfe hier im Allgemeinen zu kämpfen sind. Stattdessen wird die relative Größe der „Szene“ als Anlass genommen, hier die eigene Agenda zu verfolgen, ohne jeden sinnvollen Zusammenhang oder Bezug zu den bereits vorhandenen Verhältnis-

sen und Strukturen und sich dabei aufzuführen wie die Axt im Walde. Diese Erfahrung, können wir sagen, ist längst gemacht, und allein das stimuliert zu jeder Vorsicht gegenüber weiteren Projektionen auf die politische Praxis hier, die aus der Distanz ohne Kenntnis zu uns kommt, mag sie auch gut gemeint sein.

Damit soll keinesfalls gesagt werden, dass die aktuelle Schwäche der antifaschistischen Bewegung hier durch politische Bestrebungen von außerhalb verursacht ist. Sie resultiert aber nicht, wie wohl aus der Ferne oder aus politischer Verblödung angenommen wird, aus einem Mangel an Organisation, einen Mangel an Engagement, ein Mangel an Aufmerksamkeit über das Anwachsen der faschistischen Bedrohung oder politischer Orientierungslosigkeit, die hier nicht stärker ausgeprägt ist als anderswo. Vielmehr resultiert sie aus dem, was in einer anderen Debatte [Link1, LINK2] über die Bedeutung von Repression versucht wird auszuloten: dem Schaden, den die antifaschistische Bewegung insbesondere durch das Antifa-Ost-Verfahren genommen hat. Dieser jedenfalls war weitreichender, als dass es nur die angeklagten Antifas getroffen hätte. Mehr jedenfalls wird davon abhängen, ob es gelingt, diesen Treffer abzuschütteln, als dass es hier kämpferische Reden braucht, die dann, wie zuletzt in dem von uns kritisierten Aufruf, so kämpferisch gar nicht sind, was sich in

der inhaltlichen Orientierungslosigkeit und praktischen Irrelevanz ausdrückt.

Wir haben uns sehr gefreut, dass unser Text nicht nur gelesen wurde, sondern auch zu Antworten gereizt hat und wir begrüßen jeden Beitrag, auch wenn wir nicht alles inhaltlich teilen. Wir sehen darin das geteilte Anliegen, die aktuelle Orientierungslosigkeit überwinden zu wollen. Dabei stören uns auch scharfe Worte nicht; es ist besser, eine Position kommt scharf und erkennbar zur Geltung, als dass im Versuch, nicht unhöflich zu sein, immer nur das geteilte Anliegen und die Gemeinsamkeit betont werden. Wir setzen diese geteilten Anliegen und die Gemeinsamkeiten voraus und sie nehmen für sich keinen Schaden, sofern nicht unüberbrückbare Widersprüche sich auftun; wenn sie es tun, ist das nur sinnvoll, es wäre falsch, sie durch vordergründige Freundlichkeit zu überdecken. Eine Absage wollen wir demgegenüber erteilen an Appelle wie den von den NRW-Antifas: „Wir appellieren an dieser Stelle, sich auf einen ernstgemeinten minimalen Konsens zu verständigen, zur einheitlichen Abwehr faschistischer Gefahr“, „[E]s ist Zeit aufzuwachen und die Hände zu reichen“. Auf so einen Konsens sich zu einigen, erscheint uns obsolet, wie wir in unserem vorherigen Text schon umrissen haben. Zudem setzen wir ihn für uns unausgesprochen voraus: wir sind im Zweifelsfall mit allen bereit, die Hände zu halten, die in uns

nicht ein größeres Problem als in der wachsenden Zahl der Faschisten erblicken, ausgenommen all jene, denen selbst schon der Wunsch nach Menschenmord ins Gesicht geschrieben steht.

Zu allem wäre mehr zu sagen, als wir es nun tun werden, gerade jene Worte, in denen wir uns wiederfinden, bleiben unangesprochen.

## Die gewollte Kritik

Unsere Antwort auf den Aufruf hat ja keinesfalls nur positive Aufnahme gefunden. Das war zum einen nicht erwünscht und zum anderen auch erwartet. Ablehnung ist selbstverständlich, wenn wir etwa schreiben:

„Großen Zulauf aber haben in der radikalen Linken gerade die Gruppen, die sich auf die „Erfolge“ Stalins und Mao Tse-Tungs beziehen, von der „Arbeitermacht“ fasseln und irrsinnigerweise glauben, der Klassenkampf befindet sich auf dem aufstrebenden Ast; als Zusatz dazu gibt es noch die Rückwende zur Palästina-Solidarität, weil aus absurden Gründen davon ausgegangen wird, dass es sich dabei eben irgendwie um diesen Klassenkampf handeln muss, der dann von der Peripherie auf die Zentren der Macht übergreift. Oder wie wäre es mit der Hoffnung, dass es zielführend ist, sehr viel Wert darauf zu legen, wie über irgendetwas gesprochen wird, während die Welt um einen herum brennt? Auch dieser Mumpitz

wird als radikal und dienlich für die Umwälzung der falschen Welt erachtet: Wenn wir nur alle dazu kriegen, ordentlich über die Begebenheiten und Menschen in der Welt zu sprechen, wird sich alles schon zum Guten wenden. Und obendrauf eine Klimabewegung, deren öffentlichkeitswirksamster Teil radikal die Einführung des 9,- €-Tickets, das Tempolimit, klimafreundliche Gesetzesvorhaben und Absichtserklärungen der Regierung fordert.“

Und während sich an der sehr schlicht geratenen Kritik an der Diskurstheorie oder der Kritik der Inhaltsarmut der Klimabewegung niemand gerieben hat, konnten wir mit ein wenig Umschau bei der vom Profofaschisten Musk betriebenen Plattform x.com entdecken, dass es Widerspruch von jenen gab, die „von der Arbeitermacht“ faselten. ZB schrieb jemand unter dem Account „KlabauterFrau“: „Fatalistischer Quatsch. „Ostdeutsche Antifas“ sollten sich mal in Gruppen organisieren anstatt solche individuelle Texte alleine in ihrem Wohnzimmer zu verfassen.“. Oder der Account „leer/zeichen“: „ich denke mal das ist eine art troll text oder sieht das jemand anders?“, worauf dann „Nö passt schon irgendwie an ideologischer Verwirrung“geantwortet wurde, und dann wusste jemand Names Kappinski noch zu sagen: „Ich habe ihn nicht vollständig gelesen weil ich gerade sehr müde bin. Aber es sieht aus als wären die etwas orientierungslos. also

wahrscheinlich eher aus dem anarchistischen Spektrum?“

Bei so viel ideologischer Festigkeit gegenüber unserer „ideologischen Verwirrung“ war es nur eine Frage der Zeit, bis aus dieser Richtung sich doch jemand ausreichend angesprochen fühlen würde, eine Antwort zu schreiben, um diese Festigkeit einmal zu demonstrieren. Und so kam es dann auch, Joséphine Babeuf (kürzen wir in der Folge JB ab) gab sich die Ehre und antwortete mit einer marxistischen Verteidigung des „Aufrufs, bei dem es sich um einen Versuch handeln soll, „die Debatte auf ein höheres Niveau zu heben“. Da habe wir natürlich nichts dagegen und wir sind gespannt, müssen wir doch erfahren, dass unsere Kritik „haltlos ist und auf einem falschen Verständnis beruht.“, sich aber trotzdem zum Schluss „ein paar zustimmende Worte zu der Kritik der „ostdeutschen Antifas“ an der radikalen Linken“ finden werden. Wir dürfen gespannt sein. Der Text teilt sich dann in drei Teile, wobei es im ersten Teil um unsere Fehler gehen wird, im zweiten Teil die marxistische Theorie kurz dargestellt wird und im dritten Teil etwas zur Lage der radikalen Linken gesagt wird. Es juckt uns in den Fingern, uns nun auf den ersten Teil, der sich ja konkret an uns richtet, zu beziehen und dieser Aussage, dass unsere Kritik „haltlos“ ist, zu widersprechen. Schließlich werden uns gleich eine „Reihe schwerer Fehler“ vorgeworfen, und zwar

da, wo wir „versuchen [...] die Position des „Zeit zu handeln“ Aufrufs wiederzugeben. Immerhin, müssen wir anerkennend feststellen, JB scheint zu verstehen, dass wir nicht unsere Position wiedergeben, sondern die Position des Aufrufs, JB ist aber der Auffassung, dass wir sie falsch wiedergeben. Nun kommt es aber zu einem seltsamen Schritt, denn wir bekommen gegen unsere Auslegung des Textes nicht den Text entgegengehalten; dies aber bräuchte es, wenn man uns doch nachweisen wollen würde, wir hätten den Text missverstanden. Stattdessen wird uns etwas entgegengehalten, was so nirgendwo im Aufruf „Zeit zu handeln“ drinsteht. Wir müssen also feststellen, dass wir den

Text „Zeit zu handeln“ nicht deswegen falsch kritisieren, weil der Aufruf sich schon selbst gegen eine solche Auslegung sperrt, eine Sperre, die wir fälschlicherweise übergangen, sondern deswegen, weil unsere Kritik falsch ist gegenüber einer Position, die nicht im Text drinsteht. JB springt dem Aufruf also nicht mit diesem selbst bei, sondern mit einer neuen Position, die sie nun dem Aufruf unterschiebt. Dagegen können wir aber unsere Position nicht verteidigen.

Die Frage, die sich uns stellt, ist, wie das von JB begründet werden könnte, dass nicht wie angekündigt, der Aufruf selbst verteidigt wird, sondern eine ihm äußerliche Position. Wir nehmen an, dass es an den Begriffen „Kapitalismus“, „Klassenkampf“ und

„Krise“ liegt; die Verwendung im Aufruf verweist auf die marxistische Theorie und kann zur Annahme motivieren, alles, was nun drumherum gesagt wird, sei nun ausgewiesen als von dieser Theorie herkommend. Insofern hätten wir den Text auch in seinen wischwaschi-Passagen so deuten müssen, dass damit vielleicht etwas ungenau, aber vom Grunde her doch nur eine Paraphrase der marxistischen Theorie gemeint sei. Das haben wir nicht gemacht und sehen dazu auch weiterhin keine Veranlassung. Wer den Marxismus zu seiner Grundlage erklären will, der muss dies tun, wenn schon nicht explizit, dann doch zumindest durch eine stimmige und korrekte Wiedergabe. Ein nachträgliches „war aber so gemeint“ lassen wir nicht gelten, erst recht dann nicht, wenn es nicht mal von den Verfasser:innen selber kommt. Darüber hinaus erscheint es uns recht willkürlich, nur an der Verwendung von Begriffen, die ihre wesentliche Entfaltung im Marxismus fanden, einfach auf den Marxismus als inhaltliche Grundlage zu schließen. Denn – egal wie man das findet – die Begriffe werden mittlerweile von allen möglichen Leuten für alles Mögliche gebraucht und haben dadurch ihre Eigenschaft als bestimmte Begriffe eingebüßt; wer sie heute sinnvoll verwenden will, und so über ihre heutige Unbestimmtheit hinaus zur Geltung bringen möchte, der muss diese Bestimmung selber leisten und kann diese nicht mehr voraussetzen.

Wenn wir die kleinen Frotzeleien gegen uns aus dem Text von JB nun so stehen lassen müssen und auch nicht noch einmal über den Aufruf reden wollen, dann liegt es nahe, nun eben auf das einzugehen, was JB als eigene Position präsentiert. Denn darum scheint es ja auch JB vielmehr zu gehen, als sich selbst mit dem ursprünglichen Aufruf zu befassen. Dieser dient vielmehr als Vehikel, die eigene Position auf etwas unbeholfene Weise in die Debatte einzubringen.

## Der fröhliche Kommunismus

Die Position, die JB vertritt, ist die Position des fröhlichen Kommunismus. Fröhlich, weil in dieser Betrachtung die Welt bereits ausreichend begriffen ist und auch eine dementsprechende Praxis bereits abgeleitet ist. Bedarf, Positionen neu zu bestimmen, gibt es nicht. Das Denken ist an sein Ende gekommen und in eine statische Situation eingetreten. Ebenso ist es die Praxis: es bedarf keiner Überlegung, was zu tun ist, sondern nur noch des reinen Engagements. Während das reflexive Bewusstsein sich im Zustand des Unglücks befindet, weil es sich mit den Drohungen der Welt befasst und angesichts dieser erst einmal die eigene Ohnmacht realisieren muss, sind die Anhänger:innen des fröhlichen Kommunismus vor solchem Unglück sicher. Eine Reflexion auf die tatsächlichen Verhältnisse und

Bedingungen ist hier überflüssig geworden. An ihre Stelle tritt die Beschäftigung mit der marxistischen Theorie, freilich nicht, um diese irgendwie zu begreifen, sondern um diese als eine Art Amulett mit sich herumtragen zu können. Dementsprechend werden Inhalte vor allem auswendig gelernt, um sie dann bei Gelegenheit sauber rezitieren zu können. Darüber hinaus sind die spezifischen Inhalte nicht wichtig; wichtig ist vor allem die folgende Figur: Im Kapitalismus sind die beide zentralen Klassen das Proletariat und die Bourgeoisie, diese beiden befinden sich in einem antagonistischen Verhältnis. Die Bourgeoisie verfügt über die Produktionsmittel und beutet das Proletariat aus, das Proletariat hat keine Produktionsmittel und muss seine Arbeitskraft verkaufen. Alles, was dieses Verhältnis verleugnet, ist Ideologie. Die Ideologie hat die Funktion, das Proletariat von der Revolution abzuhalten und mal diese und mal jene Form, je nachdem, wie der Kapitalismus sich gerade wandelt. Aber: das Proletariat hat die Möglichkeit, sich der Lage, in der es sich befindet, bewusst zu werden, es kann Klassenbewusstsein entfalten. Wenn das Proletariat Klassenbewusstsein entfaltet, dann wird es selbstbewusst

in den Klassenkampf ein- und die Revolution losstreten. Wenn das Proletariat in der Revolution siegreich ist, haben wir die freie Gesellschaft, siegt

die Konterrevolution, tritt wieder die Situation wie zuvor ein und alles beginnt von vorn. Das Proletariat kann sozusagen nie endgültig verlieren, jedenfalls wenn es verliert, so ist dies nur eine weitere notwendige Erfahrung für die nächste Offensive. Und wer sind in diesem Verhältnis die Kommunist:innen? Sie sind diejenigen, die – durch Intelligenz oder durch Zufall – das Verhältnis der Klassen und die Widersprüche der Bourgeoisie durchschauen und sich nun darin betätigen können, dem Proletariat bei der Entfaltung des Klassenbewusstseins zu helfen und zwar mithilfe der Mittel von Agitation und Propaganda.

Diese Position ist eine erfreuliche Position, weil sie zu jeder Gelegenheit und zu allen Zeiten immer richtig ist. Sie ist quasi die Universallösung der politischen Praxis, oder besser gesagt, sie allein ist tatsächliche politische Praxis. Es ist einfach völlig egal, ob sich der Kapitalismus gerade in einer Krise befindet oder nicht, und der Klassenkampf, bzw die Anstrengungen, diesen in Gang zu bringen, ist auch das Mittel gegen den Faschismus, denn der Faschismus ist ja nichts weiter als eine weitere Ideologie der bürgerlichen Gesellschaft, mit der sie das Proletariat vom Klassenkampf abhalten will. Und zwar dies im Zeichen der Krise, denn vom Grunde her wäre diese besonders geeignet, dass Proletariat zum Bewusstsein seiner Klasse zu stimulieren, weil in diesen die Aus-

beutung besonders deutlich hervortritt. Dementsprechend bedarf es auch einer besonderen Ideologie, die die aufkommende Wut im Moment der besonders deutlich erfahrbar gewordenen Ausbeutung von der Bourgeoisie weggleitet und auf einen nicht vorhandenen, vermeintlichen Verursacher hinleitet, wie etwa „die Juden“, „die Ausländer“, „die Penner“, „die Frauen“, und so weiter. Eine Kenntnis der Ideologien, die dann mal die eine und mal die andere Gruppe in einer Form erzeugt, welche die Wut auf die falsche Verhältnisse in falsche Bahnen lenkt, ist nicht notwendig. Sie erledigen sich alle gleichermaßen durch den Klassenkampf.

Wir sehen, dass wir hier schon ein Stück weggekommen sind vom ursprünglichen Marxismus, wie wir ihn auf Marx zurückführen können. Marx sah als wesentlichen Faktor für die Revolution die fallende Profitrate an; diese sollte einmal ganz grob gesprochen dazu führen, dass sich die Widersprüche im Kapitalismus zuspitzen, die Arbeiter in eine nicht mehr aushaltbare Situation gedrängt werden und ihnen nahezu nichts mehr anderes übrig bleibt, als mittels Revolution andere Bedingungen herzustellen. Aber es zeigte sich ja, dass der Kapitalismus deutlich anpassungsfähiger war, als Marx es annahm; Revolutionen im Rahmen der fallenden Profitrate blieben wesentlich aus. Die erfolgreiche Revolution in Russland hatte zwar auch eine Verelendung des Proletariats als Ursache, aber

keinesfalls allein, zumal Russland zu diesem Zeitpunkt noch gar kein durchkapitalisiertes Land war, sondern sich in weiten Teilen noch im Zustand einer Feudalgesellschaft befand. Dies veranlasste die dort wirkenden Kommunist:innen dazu – allen voran Lenin – die marxistische Revolutionstheorie anzupassen und um den Gedanken der Avantgarde zu ergänzen. Es ist eben erst diese Avantgarde, die das leistet, von dem JB sagt, dass es die Kommunist:innen leisten sollen: „Es gibt keinen Automatismus, der daraus [aus der aktuellen Krise des Kapitalismus] zu revolutionärem Klassenbewusstsein führt, aber diese Situation ist die Grundlage dafür, dass revolutionäre Positionen und Organisation im Proletariat massenanklang finden können. Wenn diese Gelegenheit von KommunistInnen nicht genutzt wird, findet die Wut über die Zustände ihren Ausdruck in einem verwirrten „Widerstand“ gegen das falsch verstandene „System“, der auch reaktive Formen annehmen kann. In Deutschland führt die fehlende Stärke der (revolutionären) ArbeiterInnenbewegung dazu, dass „das System“ rein politisch und nicht primär ökonomisch aufgefasst wird, was es der AfD überhaupt erst ermöglicht, sich als Fundamentalopposition zu vermarkten. Im unbewussten Proletariat erfüllt die AfD damit die Funktion, den Wunsch nach Widerstand in für den Kapitalismus ungefährliche Bahnen zu lenken.“ Was uns also JB hier anbietet,

ist nichts anderes als der Marxismus-Leninismus als Lösung für sowohl die aktuellen Krisen, als auch für die Drohung der faschistischen Machtübernahme. Es ist also auch klar, was dies für den praktischen Antifaschismus bedeutet: der konkrete Kampf gegen Nazis mag zwar hier und da erforderlich sein, aber er ist es nur insoweit, wie die Faschisten ein Hindernis sind für die eigene Agitation und Propaganda. Denn die AfD vertritt zum einen die Interessen einer bestimmten Fraktion innerhalb der Bourgeoisie: „Es ist noch anzumerken, dass die AfD, wie jede Partei, immer eine bestimmte Fraktion der Bourgeoisie vertritt, die gegen andere Kapitalfraktionen um ihre Interessen kämpft.“

Aber zum anderen erfüllt sie auch eine Funktion in der Verteidigung des Kapitalismus insgesamt, indem sie „den Wunsch nach Widerstand in für den Kapitalismus ungefährliche Bahnen“ lenkt. Im Kampf gegen die Bourgeoisie wird die AfD also immer mitbekämpft, in diesem unterscheidet sie sich nicht wesentlich vom Rest der Bourgeoisie. Problematisch ist sie für Kommunist:innen aber vor allem da, wo sie die durch die Krise für ihre Situation aufmerksam gewordene Arbeiterklasse „verwirrt“.

Wir sehen also, dass es einen Kampf um das Proletariat gibt: während auf der einen Seite (leider wenig erfolgreiche) Kommunist:innen sich darum bemühen,

ihnen zum Klassenbewusstsein zu helfen, stehen auf der anderen Seite die Faschisten bereit, um das Proletariat davon abzubringen.

## Das Klassenbewusstsein

Wenn wir den Anspruch JB's ernst nehmen, muss es also darum gehen, dem Proletariat zum Klassenbewusstsein zu verhelfen. Aber hier stellt sich ja ein gewisses Problem ein: Das Klassenbewusstsein muss ja ein tatsächliches Bewusstsein der eigenen Klasse sein: „Bewusstsein meint dabei nicht nur, etwas nicht „unbewusst“, nicht „auf Autopilot“ zu machen, sondern vielmehr die eigene Umwelt verstehen und sich in der Gesellschaft verorten können. In einer Klassengesellschaft heißt das: Sich der eigenen Stellung im Produktionsprozess bewusst zu werden und Klassenbewusstsein entwickeln. Klassenbewusstsein ist also nicht etwa das, was z.B. ein durchschnittlicher Proletarier denkt, und auch nicht das, was alle ProletarierInnen gemeinsam denken. Klassenbewusstsein ist das, was eine Proletarierin denken würde, wenn sie den ganzen Aufbau der Gesellschaft verstehen würde und sich als Proletarierin ihrer eigenen Interessen bewusst wäre.“ Wir stellen also fest: Klassenbewusstsein ist nicht etwas, was die Proletarierin denkt, sondern eben was sie denken soll; der Inhalt des Klassenbewusstseins

steht schon fest, bevor derjenige, der es haben soll, überhaupt in den Produktionsprozess eingetreten ist. Der ganze „Aufbau der Gesellschaft“ und die „eigenen Interessen“ sind nicht etwas, was erst zu entfalten wäre. Es ist etwas, was einfach übernommen werden kann, nachdem man es im Rahmen von Agitation und Propaganda gehört hat, bzw wie es ja auch heute wieder populär geworden ist in den marxistisch-leninistischen Kreisen, man irgendwelche Schulungen besucht hat. Zumindest in der kurzen Ausführung, die uns JB hier gibt, wird nicht deutlich, wo der Unterschied ist zwischen dem Wissen von der „Stellung im Produktionsverhältnis“ und „dem ganzen Aufbau der Gesellschaft“, und dem Bewusstsein davon. Es erscheint in den Ausführungen als wesentlich das Gleiche. Doch macht dies den ganzen Unterschied aus. Da, wo die Inhalte des Bewusstseins als statisches und positives Wissen vermittelt werden, entsteht kein Bewusstsein, sondern Folgsamkeit und Hörigkeit gegenüber denen, die als die Haushälter des Wissens auftreten. Das ist in der Regel auch gewünscht, weil ja die heutigen Marxisten-Leninisten, ähnlich wie ihre historischen Vorbilder, in der Regel auch Fantasien darüber besitzen, wie der auf die Verbreitung dieses „Bewusstseins“ folgende revolutionäre Prozess aussehen soll. Ein Abweichen von dieser Vorstellung wird dementsprechend auch immer als Erfolg der bürgerlichen Ideologie umgedeutet, ein Umstand, der ja

in der Sowjetunion zahllose Menschen das Leben gekostet hat. JB hebt zwar die Bedeutung des Bewusstseins im Marxismus hervor: „Obwohl der Marxismus eine materialistische Philosophie ist, spielt das Bewusstsein eine entscheidende Rolle“, scheint sich aber um die Entfaltung eines solchen keinerlei Gedanken zu machen, bzw einfach davon auszugehen, dass diese schon in Gang gesetzt ist, wenn der richtige Denkinhalt in den Denkapparat der Proletarier gebracht wird. Überhaupt ist der Zugang zum Proletariat wesentlich instrumentell: Weil einzig das Proletariat als Klasse bewussteinsfähig sein soll, ist es wichtig, diesen Prozess in Gang zu setzen, damit das Proletariat dann die Klassengesellschaft aufhebt, nicht weil das Proletariat in seiner tatsächlichen Gestalt selbst die Klassengesellschaft aufheben will. Oder um es einmal schlichter zu sagen: Es wird mit einem Fantasiebild der Arbeiterklasse gearbeitet und versucht, die tatsächliche Arbeiterklasse diesem Bild anzupassen und dies mit völlig untauglichen Methoden. Um sich aber selbst von dieser Tatsache abzubringen, wird die marxistische Theorie genutzt, um sich der Notwendigkeit dieses Unterfangens zu versichern und diese auch noch da zurechtgebogen, wo sie an ihre Grenzen kommt.

Dabei zeigt JB ja mit dem Verweis auf Lukacs, dass der halbe Weg schon gegangen ist. Statt aber

bei der Entwicklung der Theorie der Verdinglichung des Bewusstseins durch Lukacs weiterzugehen, wird dort stehengeblieben und damit wieder dahinter zurückgefallen. Die Theorie des verdinglichten Bewusstseins auch der Arbeiterklasse, nach welcher sich das zwischenmenschliche Verhältnis dem Warenverhältnis angeglichen hat und so die Beziehungen der Menschen den Beziehungen zwischen Dingen gleichen, wird genutzt, um den Agitationsgedanken Lenins umso stärker zu rechtfertigen. Das Proletariat kommt aus seiner angedachten Rolle, die Revolution machen zu müssen, nicht hinaus. Damit aber zeigen sich jene, die sich in der Rolle des Agitators wiederfinden selbst als jene, die am verdinglichten Bewusstsein leiden, weil sie auch in den Zielen ihrer Agitation bloß Objekte in einem statischen Prozess erkennen können, die ihrer objektiven Aufgabe nicht nachkommen wollen. Wer aber in anderen bloß die Objekte eines Prozesses sieht, sollte von Bewusstsein nicht zu viel sprechen. Gerade sind es ja keine Objekte, um die es hier geht, aber wir leben in einer Welt, in der alle sich gegenseitig als Objekte betrachten und behandeln und zwar, weil der gesellschaftliche Prozess sie zu solchen herabgewürdigt hat. Klassenbewusstsein heißt also bei JB, dass sich die Proletarier endlich mit ihrer Rolle als Objekte in einem über sie hinweglaufenden Prozess identifizieren und noch den Rest in ihnen, der sich gegen diesen

Umstand wehrt, indem sich am noch so schmalen Glück festgeklammert wird, über Bord werfen sollen. Anstatt dass sie andere als wertlos betrachten, sollen sie sich selbst an deren Stelle setzen. Und dies alles nicht, weil ihnen und anderen das die Freiheit bringt, sondern weil sie Objekte in der Fantasie derer sind, die glauben, dass ihnen selbst dies die Freiheit bringen wird.

## Die Avantgarde

Während bei Marx das Klassenbewusstsein noch wirklich eines ist, weil das Proletariat es herausbildet gerade da, wo es eigene Erfahrung macht, tritt bei Lenin dieser Gedanke nach hinten. Nicht durch die gemeinsame Reflexion ihrer Erfahrungen lässt im Proletariat das Bewusstsein seiner Klasse aufkommen, sondern vielmehr tritt an die Stelle der Erfahrung die Avantgarde. Die Avantgarde zeichnet sich dadurch aus, dass sie zum einen ohne Erfahrungen zum Klassenbewusstsein gelangen kann und zwar durch intellektuelle Tätigkeit, zum anderen muss sie selbst nicht zum Proletariat gehören. Sie muss vielmehr zu der schlichten Einsicht gelangen, dass die freie Gesellschaft nicht durch die Bourgeoisie, sondern durch das Proletariat herbeigeführt werden wird und dass der Weg hierzu die Revolution als Grand Finale des Klassenkampfes ist. Diese Einsicht der Avantgarde beschreibt JB so:

„Nur das Proletariat ist heute bewusstseinsfähig, und gleichzeitig auch die einzige Klasse, die in der Lage ist, den Kapitalismus zu überwinden. Wenn alle ProletarierInnen klassenbewusst wären, könnte das Proletariat jederzeit die Macht übernehmen und heute schon den Kommunismus einführen. Damit ist der Kampf um das Klassenbewusstsein der entscheidende Kampf, den es zu führen gilt.“

Die Avantgarde kämpft also „um das Klassenbewusstsein“ der Arbeiterklasse. Hier wird umso deutlicher, dass die Aufgabe eben darin besteht, der Arbeiterklasse das Klassenbewusstsein beizubringen und das diese jenes nicht entfaltet. Bewusstseinsfähig soll alleine die Arbeiterklasse sein, aber ohne Anschlag kommt sie eben nicht dazu, diese Fähigkeit tatsächlich zu gebrauchen. Wie aber kommt nun die Avantgarde eben zu jenem Bewusstsein der Arbeiterklasse? Sie muss für sich nicht notwendig selbst aus dieser kommen, denn JB schreibt: „[E]inzelne KapitalistInnen [können] sich [...] der Lage bewusst und MarxistInnen werden“. Aber im Grunde liegt hier das gleiche Missverständnis vor, welches sich schon in der falschen Vorstellung dessen ausdrückt, was wohl das Bewusstsein überhaupt ist. Die „Lage“, derer sich die Avantgarde eben vor allen anderen bewusst wird, ist eben nicht eine tatsächliche Erfahrung der eigenen Lage, sondern sie ist vielmehr die allgemeine Schilderung der Lage, wie sie sich im Mar-

xismus finden lässt. Dies ist die abstrakte Kenntnis der von Marx entfalteten konkreten Lage, aber das kann immer nur ein Schritt sein, es ist noch nicht das Bewusstsein selbst. Erst durch die tatsächliche Erfahrung kann sich so etwas wie ein tatsächliches Bewusstsein entwickeln, ohne dieses wird aber die Schilderung des konkreten Verhältnisses bei Marx ins Abstrakte überführt. Dadurch entsteht das Missverständnis, dass die eigene Kenntnis von Sachverhalten und das Klassenbewusstsein in eins fallen. Eine solche Avantgarde kann aber ihre selbsterwählte Aufgabe als Avantgarde nicht erfüllen. Sie bleibt auf die Wissensvermittlung beschränkt und damit auf einen Inhalt des Denkens, nicht des Bewusstseins. Wissensinhalte bleiben aber als solche beliebig. Sie beziehen ihre Kraft eben nicht aus der Kongruenz aus Erfahrung und Wissen und somit aus der Reflexion, sondern aus dem Nachdruck, mit welchem jenes Wissen gegenüber einem anderen vertreten wird. Daher ist die Bedeutung von propagandistischen Events für Kommunist:innen, die den Marxismus-Leninismus vertreten, von so herausragender Bedeutung. Die kommunistische Demonstration muss Eindruck schinden, damit das Wissen seinen Nachdruck durch eine Art Performance erhalten kann. Heute ist dies tatsächlich wieder zu sehen, immer dann, wenn die neuen Anhänger:innen des Marxismus-Leninismus auf Demonstrationen mit ihrem Meer aus roten Fahnen

und einem zueinanderpassenden Kleidungsstil die Einheit der Lehre und ihre Kraft vermitteln wollen. Die Avantgarde zeichnet sich selbst also weniger durch ein entfaltetes Bewusstsein aus, sondern durch eine – oft auch nur oberflächliche – Kenntnis des Marxismus, den sie durch eindrückliches Engagement verbreiten will. Sie ist damit selbst Ausdruck des verdinglichten Bewusstseins.

## Antifaschistische Aktion

Es stellt sich insgesamt die Frage, in Bezug auf den Ausgangstext der Debatte, dem „Zeit zu handeln“-Aufruf, was dies alles mit der antifaschistische Praxis, zu welcher der Aufruf ja stimuliere will, zu tun hat. Für die Antwort auf die Frage ist es noch einmal wichtig, auf das zurückzugreifen, was wir weiter oben schon erläutert haben, nämlich die Annahme: der antifaschistische Kampf ist als konkreter Kampf nur insoweit wichtig, wie er die Möglichkeit aufrechterhält, auf den Klassenkampf und die Revolution vorzubereiten. Die organisierten Faschisten sind nur insoweit ein Problem, wie sie um den Inhalt im Denken des Proletariats mit den ML-Kommunist:innen konkurrieren. Da der Faschismus im Endeffekt nur eine bürgerliche Ideologie ist, wird er mit dem irgendwann erfolgenden Triumph über die Bourgeoisie sein Ende finden. Inhaltliche Ausformungen

des Faschismus spielen insofern eine wesentlich untergeordnete Rolle.

Hinzukommt noch der Aspekt, dass für die ML-Kommunist:innen der Grad der Organisiertheit sich immer daran misst, inwieweit politische Praxis auf Revolution und Klassenkampf im Sinne des Marxismus-Leninismus ausgerichtet ist. Ist politische Praxis dies nicht, so erscheint sie im Grunde immer als wesentlich nicht organisiert. Autonomer Antifaschismus kann in diesem Denken zwar Erfolge im unmittelbaren Kampf gegen den Faschismus erzielen, aber bleibt darüber hinaus hilflos, weil er über diese Ebene nicht hinauskommt. Interessant ist er in dieser Hinsicht für ML-Kommunist:innen immer nur im Sinne seiner Schlagkraft. Ist diese hoch, so wächst das Interesse, diese Strukturen zu übernehmen und für die eigene Sache zu gewinnen, um dann mithilfe der nach außen hin sichtbar gewordenen Schlagkraft dem Anliegen des Klassenkampfes mehr Nachdruck zu verleihen. Inhaltliche Betrachtungen eines schlagkräftigen Antifaschismus sind aber in dieser Perspektive vollkommen irrelevant bis zu dem Punkt, wo diese den Analysen des Marxismus-Leninismus entsprechen.

Es ist nun aber so, das gerade in Ostdeutschland sich die antifaschistische Bewegung gar nicht wesentlich auf den Marxismus-Leninismus bezogen hat, mit Ausnahmen vielleicht in Teilen von Sachsen-Anhalt. Demgegen-

über ist etwa die Beschäftigung mit Antisemitismus und Verschwörungsideologien nicht selten und langanhaltend ein integraler Bestandteil der antifaschistischen Theorie und Praxis in Ostdeutschland gewesen: zwei Themen, die für den Marxismus-Leninismus irrelevant sind, insofern, dass sie nur zwei Spielweisen der ja ohnehin immer falschen bürgerlichen Ideologie sind, die nur deswegen ein Problem sind, weil sie die Arbeiterklasse verwirren können. Insbesondere aber die Beschäftigung mit dem Antisemitismus führte auch dazu, dass sich eine gewisse Skepsis gegenüber dem Marxismus-Leninismus verbreitete, gerade weil dieser in seiner vulgären Form sich besonders anfällig gezeigt hat, antisemitische Vorstellungen und Erklärungen in sein Weltbild zu integrieren.

ML-Kommunist:innen haben also gegenüber den in Ostdeutschland schon bestehenden antifaschistischen Strukturen vor allem das Interesse, diese zu organisieren, was nichts anderes bedeutet, als sie in ihre eigenen Strukturen zu integrieren. Jedwede inhaltliche Debatte, sowie jedwede Praxis haben hier immer dann einen Mangel, wenn sie sich nicht offen auf Klassenkampf und Revolution beziehen und dies ist ein Mangel, dem diese Gruppen Abhilfe schaffen wollen. Dies sagt auch JB ganz offen:

„Die „radikale Linke“ besitzt als Ganzes aktuell weder Strategie, noch die notwendige orga-

nisatorische Basis. Weite Teile sind nicht einmal theoretisch, geschweige denn praktisch, in der Lage, die Probleme an der Wurzel anzugehen – womit sie die Bezeichnung „radikal“ streng genommen nicht verdienen. Vielmehr geht es, wie die „ostdeutschen Antifas“ treffend festgestellt haben, nur um eine radikalistische Verpackung, der Inhalt wird beliebig, Hauptsache gegen das System, das man nicht versteht“. Dabei haben wir uns gerade in unserem Text dagegen versperrt, davon auszugehen, wesentliches Wissen über eine Veränderung des aktuellen Zustandes sei schon bekannt, es müsse nur noch verbreitet werden. Es geht ja gerade darum, sich des Mangels bewusst zu werden, welcher den eben schon feststehenden Theorien innewohnt, zu denen eben auch das gehört, was uns JB hier als wegweisende Inhalte präsentieren will:

„Die kommunistische Bewegung besitzt einen über 200 Jahre reichen Erfahrungsschatz aus Theorie und praktischen Emanzipationskämpfen, fallen wir nicht hinter die Erkenntnisse unserer GenossInnen zurück, sondern lernen wir von Ihnen und heben wir die kommunistische Theorie und Praxis auf die Höhe unserer Zeit! Nur mit diesem Bewusstsein gelingt es uns, aus der Irrelevanz zu entkommen!“

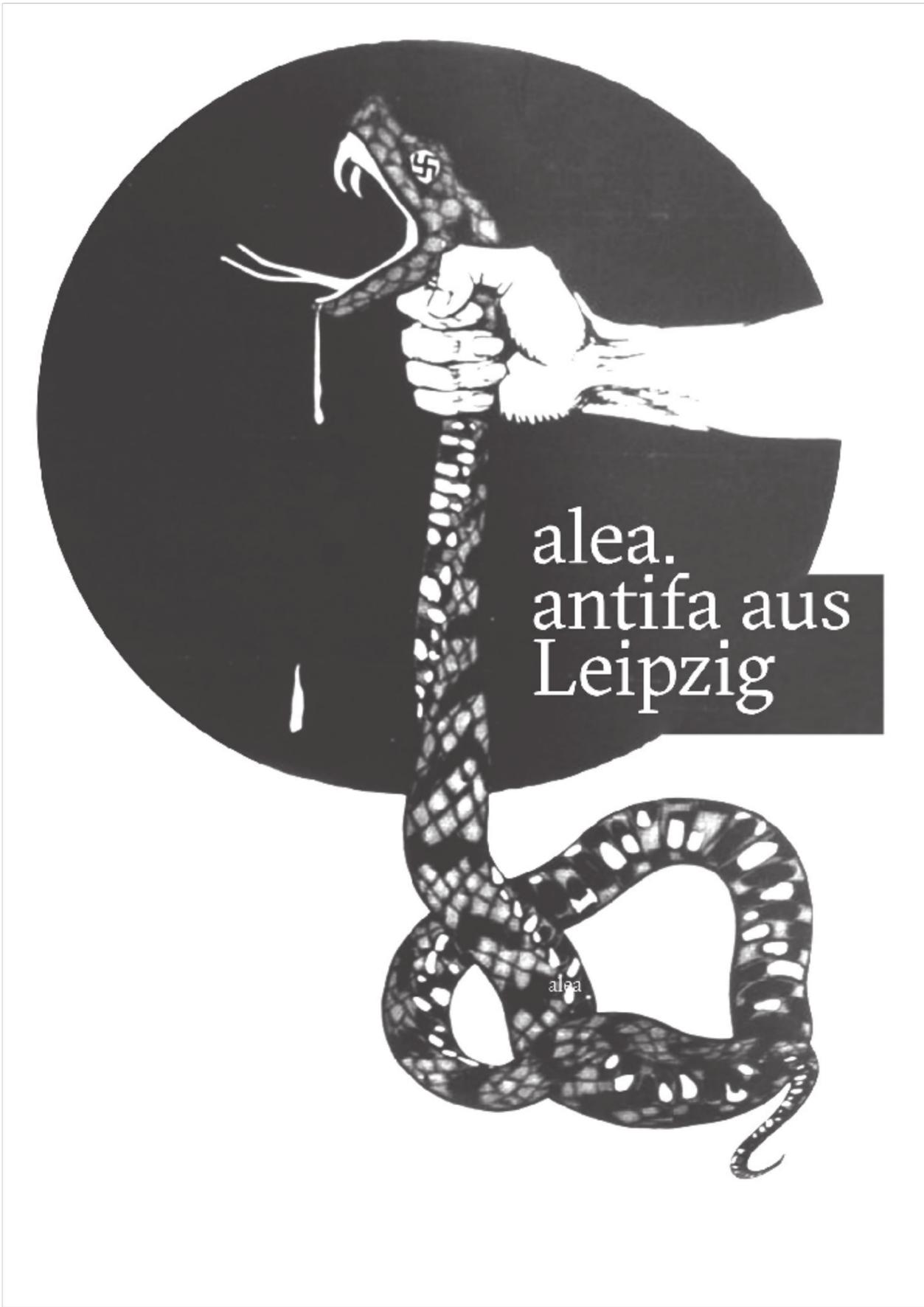
Dabei ist ja gerade das Problem, dass wer glaubt, sich auf diesen „über 200 Jahre reichen Erfah-

rungsschatz“ beziehen zu können, die Situation der inhaltlichen Orientierungslosigkeit nicht überwinden kann, sondern diese festschreibt. Es heißt zwar von sich selbst begeistert:

„[F]allen wir nicht hinter die Erkenntnisse unserer GenossInnen zurück, sondern lernen wir von Ihnen und heben wir die kommunistische Theorie und Praxis auf die Höhe unserer Zeit!“

Aber gerade immer da, wo sich aktuell auf den Marxismus-Leninismus bezogen wird, findet dieses ja nicht statt. Es wird sich, wie der Text von JB ja eindrücklich zeigt, wesentlich unbewegt auf statische Inhalte bezogen, demgegenüber dann ein gesteigertes Engagement bezüglich der Vermittlung die Lösung sein soll. Das Heben der kommunistischen Theorie und Praxis auf die Höhe unserer Zeit besteht ja nicht darin, sie tatsächlich irgendwie voranzubringen, sondern sich die Wirklichkeit so ausdeuten zu lernen, dass das Alte immer noch passt. Damit aber wird das Entkommen der Irrelevanz zu einem einfachen Erfolg oder Misserfolg der eigenen Propaganda. Es wird zwar von Bewusstsein gesprochen, aber das Bewusstsein, dass wir unbedeutende Existenzen sind, in einer Welt, in der wir nur noch als Dinge betrachtet werden und in der wir uns und andere ebenso nur noch als Dinge erkennen können, bleibt aus, gerade da, wo der leichtfertige und fröhliche Ausweg angenommen wird.

Unseren letzten Text beendeten wir unter andere damit, noch einmal zum Ausdruck zu bringen, dass wir es für notwendig halten, Theorie und Praxis nicht an alten und verbrauchten Inhalten auszurichten, oder eben an Inhalten, die zwar den eigene Wünschen, aber nicht der Wirklichkeit entsprechen. Wir wiederholen es gern: Es geht nicht darum, vergangene Praxis zu seiner eigenen zu machen, oder Traditionslinien zu behaupten, wo keine sind, und genauso wenig geht es darum, sich an Theorien zu klammern, die an der Wirklichkeit vorbeigehen. Denn: Wer ein totes Pferd peitscht, der reitet nicht, sondern verstümmelt dessen Leichnam.





Zusammengetragen und  
gedruckt durch:  
**alea • Leipzig**

